

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Samstag, außer an Sonntagen und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus halbjährlich 60 Mark. Einzelverkaufspreis 5 Mark. Redaktion: Johannisstraße 46, Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtzehnstündige Zeit, oder deren Raum 16 Mark, für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Mark, für Reklamen 50 Mark. Beilagengebühr für 1000 Stück 250 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46, Fernruf 926.

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 241.

Sonntag, 14. Oktober 1922.

29. Jahrgang.

Wird es helfen?

Dr. L. Lübeck, 14. Oktober.

Wenn das Kind im Brunnen liegt, dann ist es noch immer Zeit, den Brunnen zuzudecken. Das scheint der deutschen Reichsregierung Wahlspruch zu sein.

Seit Monaten werden von allen Seiten Maßnahmen verlangt gegen die irrsinnige Devisenspekulation. Seit Wochen war jedermann davon überzeugt, daß irgend etwas geschehen müßte, sollte nicht der letzte Wert der deutschen Mark in dem nimmermatten Rachen der Leichenfledderer der deutschen Valuta endgültig verschwinden.

Trotz alledem trat die Reichsregierung nicht aus ihrer Untätigkeit heraus — bis der Dollar innerhalb einer Woche von 1500 über 3000 emporstiege. Als die letzten Stützen der deutschen Wirtschaft ins Stürzen kamen, als die deutsche Papiermark sozusagen den letzten Witzigen Rest ihrer Kaufkraft im Ausland auch noch einbüßte, als über das deutsche Volk eine Teuerungswelle von unerhörtem Ausmaß hereinbrach — da endlich griff man zu. Da endlich verbot man den ganzen Devisenhandel, der nur Spekulationszwecken dient.

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß der Marksturz der letzten drei Wochen nur durch die riesenhafte Devisenhamsterie in Deutschland hervorgerufen wurde. Denn politisch war dafür gar kein Grund vorhanden. Ist doch die deutsche Regierung zurzeit von allen Reparationszahlungen befreit; und wirtschaftlich hatte Deutschland im Laufe des Sommers eine Hochkonjunktur.

Aber die Verhältnisse auf dem Geldmarkt hatten sich so gestaltet, daß die Devisenhamsterie sich mit Naturnotwendigkeit entwickeln mußte. Der Rathenauord und danach die verschiedenen Drohungen der Entente hatten unsere Valuta stark ins Weichen gebracht. Das bedeutete für alle Lohn- und Gehaltsempfänger eine ganz unerträgliche Belastung. Die meisten Konsumenten müssen, um ein Paar Schuhe oder einen Anzug oder Wäsche oder irgend etwas anderes zu kaufen, mehrere Monate sparen. Die ersparten Summen aber sinken von Woche zu Woche in ihrem Wert; jeder Kauf ist und bleibt unmöglich. In der Verzweiflung suchen deshalb viele — besonders in den Großstädten ist das üblich geworden — nach irgend einer „wertbeständigen“ Anlage für seine zurückgelegten Papiermark; d. h. sie kaufen Devisen, um sie einzuhamstern. Dadurch wurde die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln so groß, und das Angebot gleichzeitig so klein, daß die Preise den rasenden Lauf nehmen mußten.

Die Reichsregierung hat nun diese Art von Devisenkäufen bei schwerster Strafe verboten. Nur wer ausländische Zahlungsmittel wirklich braucht das heißt, wer Zahlungen an das Ausland zu machen hat, darf von den Banken beliefert werden. Werden diese Maßnahmen helfen?

Schon die erste Ankündigung einer Notverordnung gegen den wilden Devisenhandel hat den Dollar von 3000 auf 2400 Mark heruntergedrückt; seither fängt er aber schon wieder zu flattern an — er steht heute schon wieder auf 2700. Und wie die Verordnung sich in der Folge auswirken wird, das liegt noch völlig im Dunkel der Zukunft.

Sicher ist, daß die Ausschaltung der reinen Spekulation und Hamsterei aus dem Devisenhandel eine Erleichterung bringen muß. Werden doch die wilden, unregelmäßigen und durch nichts gerechtfertigten Kursstürze unmöglich gemacht. Aber eine Verordnung allein kann diese Hamsterei niemals beseitigen; oben haben wir schon nachgewiesen, daß die Verhältnisse zu Devisen-

käufen geradezu drängen. Da muß noch anderweitige Abhilfe getroffen werden.

Und das ist die Absicht des Hilferdingischen Vorschlages. Schaffen wir doch einfach ein innerdeutsches Wertpapier, das „wertbeständig“ ist! Warum soll die Reichsregierung nicht Schuldscheine herausgeben, die auf „Goldmark“ lauten, in Papiermark, nach dem jeweiligen Kurs, aber zu verzinsen und auszuzahlen sind? Dadurch wäre jedermann in der Lage, Ersparnisse anzulegen, ohne daß er Devisen nachkauft und dadurch den Dollar in die Höhe treibt. Dadurch würde natürlich der Nachfragemarkt nach Dollar sehr entlastet.

Allerdings hat die ganze Geschichte einen Haken. Was aber, so wendet man ein, wenn die deutsche Regierung eines Tages nicht mehr zahlungsfähig ist, wenn sie mit ihren wertlosen Papierdollars eines Tages die ausgegebenen „Goldmarkscheine“ nicht mehr einwechseln kann? Für diesen Fall müssen eben Sicherheiten vorgesehen werden. Sei es durch eine vorzunehmende Bürgschaftsaufgabe auf Handel und Industrie; sei es durch eine Verpfändung des Goldbestandes der Reichsbank. Dieses letztere entspricht dem Plane Hilferdings.

Unsere Leser werden sich daran erinnern, daß wir an dieser Stelle schon vor Monaten auf die Goldmilliarden in der Reichsbank hingewiesen haben. Während das deutsche Volk langsam verhungert, schlummert friedlich in den Kellern der Reichsbank ein Berg von Gold, dessen Wert größer ist als der des gesamten in der ganzen Welt vorhandenen deutschen Papiergeldes. Ist das ein vernünftiger Zustand? Als wir vor zwei Monaten verlangten, daß dieses viele Gold in irgend einer Weise für die Stärkung der deutschen Valuta verwendet werden sollte, da stießen wir auf starken Widerspruch besonders von Seiten der Goldwährungsanhänger der alten Schule. Unterdessen ist die deutsche Not aufs höchste gestiegen; und jetzt kommt man endlich hier und da zur Einsicht. Vor zwei Monaten wäre manches noch abzuwenden gewesen, was jetzt über uns hereingebrochen ist. Aber auch hier spielt das Wortchen „zu spät“ in der deutschen Politik seine ewig verhängnisvolle Rolle.

Wie sich nun alles entwickeln wird, läßt sich schwer voraussagen. Jedenfalls ist das deutsche Volk in den Kampf um Tod und Leben eingetreten — es geht um Sein oder Zusammenbruch. Wird die Regierung jetzt endlich hart bleiben? Wird sie die Verordnungen, die sie in einem Augenblick höchster Not herausgebracht hat, auch durchführen? So durchführen, daß dem ganzen Schieber- und Spekulantenpack die Luft am Handweert vergeht? Die Banken und die großkapitalistische Presse haben mit ihrem Ausschöhlungsverfahren auch gegen diese neueste Verordnung der Republik schon begonnen. Wird die Reichsregierung auch diesmal wieder schwachmütig werden?

Nicht der Erkenntnis darf man sich jedoch verschließen, daß alle Maßnahmen im Innern nichts nützen, solange die Unvernunft der Ententestaaten die Welt regiert. Solange der Vertrag von Versailles mit seiner ungeheuren Last und seiner Ungewißheit auf unsere Schultern lastet, können der deutschen Valuta alle innerdeutschen Maßnahmen keinen entscheidenden Nutzen bringen. Trotzdem müssen wir alles tun, um Beweise unseres besten Willens zu geben. Damit der Entente schließlich kein anderer Ausweg bleibt, als die Verkehrtheit ihrer bisherigen Politik einzusehen. Erst dann wird der deutsche Mark, im Zusammenwirken innerdeutscher mit internationalen Maßnahmen, geholfen werden können.

Zur Reichspräsidentenwahl.

Der Vorstand der Deutschen Volkspartei beschäftigte sich am Freitag mit der geplanten Neuwahl des Reichspräsidenten und kam nach offiziellen Mitteilungen zu der Auffassung, daß nach wie vor versucht werden soll, eine Neuwahl hinauszuschieben. Mit dieser Taktik erreicht die Volkspartei das, was sie eigentlich zu vermeiden angibt, nämlich die Aufwallung der Leidenschaften durch die Führung eines politischen Kampfes um die Kandidatur des Reichsoberhauptes. Nur ein Blick in die Presse liefert hierfür den besten Beweis. Man streitet um geplante Kandidaturen, dementiert und widerruft dann mit den notwendigen Kommentaren die Dementis. Hält es die Volkspartei mit den von ihr für die Hinausschiebung der Wahl angeführten Gründen ernst, dann sollte man annehmen müssen, daß sie sich bald mit der fast vollendeten Tatfache abfindet und statt Dauerkämpfen über den Wahltermin abzuhalten, lediglich über die Kandidatur Beratungen pflegt. U. E. müßte für die Herren der Volkspartei die zur Entscheidung stehende Frage sein: Entweder Wiederwahl des Reichspräsidenten Ebert, dessen Leistungen und Fähigkeiten erst vor wenigen Tagen von der volksparteilichen Presse anerkannt wurden, oder Aufstellung eines bürgerlichen Kandidaten und dann Wahlgemeinschaft mit der Deutschnationalen Volkspartei.

Das Verhalten der Volkspartei muß eigentlich sehr sonderbar berühren. Als vor wenigen Monaten Herr Hertig aus Agitationsgründen die deutschnationale Fanfare blies und schleunigst Neuwahlen verlangte, fand er die eifrige Assistentin des Herrn Kahl, der im Auftrage der Gesamtpartei in der öffentlichen Reichstags-Sitzung sprach. Wie verhält sich diese Stellungnahme zu der heutigen Auffassung der Volkspartei, obwohl doch eine wesentliche Veränderung der Verhältnisse kaum eingetreten ist?

Die Sozialdemokratie ist nach wie vor der Auffassung, daß die Neuwahl am 3. Dezember vorgenommen werden sollte. Sie wird diese Stellungnahme auch in der am Montag stattfindenden Besprechung der Parteiführer, an der auch die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei beteiligt sein werden, vertreten.

Die Reichspresse widerruft die Meldung, daß von deutscher Seite geplant ist, Hindenburg als Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl zu präferieren. Wir bezweifeln diese Feststellung nicht und wollen ebenso nicht bestreiten, daß ein offizielles Ersuchen der Deutschnationalen Volkspartei an Hindenburg bisher nicht ergangen ist. Will aber die Reichspresse vielleicht ableugnen, daß mit Hindenburg anlässlich seiner Anwesenheit in München über seine Kandidatur zur Reichspräsidentenwahl in maßgebenden deutschnationalen Parteikreisen Beratungen gepflogen wurden und Herr Kahl, an dessen Kandidatur die Deutschnationale Volkspartei z. Zt. noch ernsthaft denkt, sich anbot, zugunsten Hindenburgs gern auf den Präsidentensitz zu verzichten?

Wie wir weiter erfahren, hat der Vorstand der Deutschen Volkspartei beschlossen, bei den Koalitionsparteien eine Verschlebung der Wahl zu beantragen. Sollte das Ansuchen abgelehnt werden, dann will die Volkspartei gegen die Wiederwahl Eberts aufreten, ihm jede Unterstützung versagen und mit einem eigenen Kandidaten in den Kampf ziehen. Ueber den Kandidaten selbst ist man sich noch nicht klar. Man sucht immer noch...

Der Wohnungsausschuß des Reichstags

gab in seiner Sitzung vom Freitag den §§ 1 und 2 des Mieterschutzgesetzes folgende Fassung:

§ 1. „Mietverhältnisse über Gebäude oder Gebäudeteile können vorbehaltlich der §§ 16—19, auf Verlangen des Vermieters gegen den Willen des Mieters nur aus den in den §§ 2 bis 4 bezeichneten Gründen aufgehoben werden. Die Aufhebung erfolgt auf Klage des Vermieters durch gerichtliches Urteil. Ist das Mietverhältnis für eine bestimmte Zeit eingegangen, so wird es nach dem Ablauf der Mietzeit fortgesetzt, wenn nicht der Mieter spätestens zu dem Zeitpunkt, zu dem nach § 565 des Bürgerlichen Gesetzbuches eine für den Ablauf der Mietzeit zulässige Kündigung zu erfolgen haben würde, sich auf die Beendigung des Mietverhältnisses beruft. Ein vertraglich vorbehaltenes Kündigungsrecht kann vom Vermieter nicht gegen den Willen des Mieters ausgeübt werden. Dem Vermieter steht gleich, wer nach dem Abschluß des Mietvertrages das Eigentum an dem Grundstück erwirbt.“

§ 2. „Der Vermieter kann auf Aufhebung des Mietverhältnisses klagen, wenn der Mieter oder eine Person, die zu keinem Hausstand oder zu keinem Geschäftsbetrieb gehört, oder der er den Gebrauch des Mietraumes überlassen hat, sich einer nicht erträglichen Belästigung des Vermieters oder eines Hausbewohners schuldig macht oder den Mietraum in unangemessener Weise benutzt oder durch Vernachlässigung der gebotenen Sorgfalt den Mietraum oder das Gebäude oder die Sicherheit im Gebäude erheblich gefährdet, oder, wenn die Abnutzung des Mietraumes wesentlich über das normale Maß hinausgeht, oder, wenn der Mieter einem Dritten den Gebrauch des Mietraumes belässt, obwohl er zur Ueberlassung nicht befugt ist. Die Aufhebung ist nur zulässig, wenn der Mieter, ungeachtet einer Abmahnung des Vermieters, das Verhalten forsetzt oder es unterläßt, eine ihm mögliche Abhilfe zu schaffen, oder wenn das Verhalten des Mieters oder einer der vorher genannten Personen ein solches war, daß dem Vermieter die Fortsetzung des Mietverhältnisses nicht zugemutet werden kann.“

Die Beratungen werden am Dienstag fortgesetzt.

Frankreich gegen einen Zahlungsausschub.

Brabury schlägt ein fünfjähriges Moratorium vor. — Poincaré lehnt alles ab.

Der englische Delegierte in der Reparationskommission, John Brabury, hat einen Sanierungsplan für die deutschen Finanzen vorgelegt. Darin soll von einem fünfjährigen Moratorium die Rede sein. Wie zu erwarten war, nahm Frankreich gegen diesen Vorschlag sofort Stellung.

Die folgende Nachricht beweist, daß Poincaré nach wie vor in seinem enger juristischen Gesichtskreis bleiben will, und daß er nach wie vor ein größtenteils politischer Ideen zu Liebe, jede wirtschaftliche Erkenntnis mißachtet.

Paris, 14. Oktober.

Gestern vormittag hat im Auswärtigen Amt unter dem Vorsitz Poincarés eine Konferenz über die Reparationsfrage stattgefunden, an der außer dem Präsidenten der Wiederherstellungskommission, Barthou, der Finanzminister, der Minister für die besetzten Gebiete, der Stellvertreter des Präsidenten der Wiederherstellungskommission und Seydoux anwesend waren. Alle stimmten darin überein, daß der Vorschlag John Braburys, Deutschland ein fünfjähriges Moratorium unter Einführung einer

strengen Finanzkontrolle und eines Vetorechts zu gewähren, geprüft werden müsse, da er von schwerwiegendem Einfluß auf die künftige Entwicklung sein muß. Der Teil des Braburyschen Projektes, der sich auf die Finanzen Deutschlands beziehe, sehe eine Reihe verzwickter Maßnahmen vor, deren Durchführung von dem guten Willen Deutschlands abhängt. Ein fünfjähriges Moratorium erscheine der französischen Regierung unmöglich, da sich nicht voraussehen läßt, welche Entwicklung die deutsche Zahlungsfähigkeit nehmen werde. Die französische Regierung stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, den sie auf der Londoner Konferenz im August eingenommen habe. Frankreich wünsche, daß die geplante Braburyscher Finanzkonferenz möglichst Ende November oder spätestens Anfang Dezember zusammentrete, und daß mit Rücksicht auf die Konferenz die Reparationskommission einseitig keine Beschlüsse fass.

Dollar 2700.

Der Rathenaumord vor dem Staatsgerichtshof.

Schluß der Verteidigungsreden. — Heute nachmittag wird das Urteil gefällt.

StD. Leipzig, 13. Oktober. (Drahtbericht.)

Zu Beginn der heutigen Sitzung leitete Senatspräsident Dr. Hagens mit, daß der Gerichtshof beschloffen habe, die Angeklagten Schütt und Diestel, soweit sie des Vergehens der Beihilfe zum Mord angeklagt waren, außer Verfolgung zu setzen.

Sodann legten die Verteidiger ihre

Plädoyers

fort. Dr. Alsberg-Berlin tritt für die Freisprechung seiner Klienten Schütt und Diestel ein. Nach R.-A. Dr. Sad, der ebenfalls für Schütt plädierte, kam R.-A. Bloch für die Angeklagten Tilsen und Blaas noch einmal zum Wort. Er verwies darauf, daß ein Autoritätsurteil auch zwischen Kern und Tilsen bestanden habe, daß Kern auch Tilsen gegenüber nach außen gehandelt habe, dennoch aber leider nicht von dem Plan, Rathenau zu ermorden, abließ.

Nach einer kurzen Pause folgte dann die Replik des Oberreichsanwalts, der sich zunächst mit der Erklärung des Hauptangeklagten Ernst Werner Tschow beschäftigte. Ich halte es nicht für richtig, so führte Dr. Ebermeyer aus, wenn Tschow behauptet, er sei von Kern überumpeelt worden. Denn er selbst hat in der Verhandlung zugegeben, daß die Gründe Kerns auch für ihn maßgebend gewesen seien, und er hat zu Schütt ausdrücklich erklärt: „Es mußte geschehen.“ Wenn Tschow behauptet, daß Kern ihn mit Erschießen bedroht habe, so lege man diesem sogenannten Geständnisse größere Bedeutung bei, als es in Wirklichkeit habe, denn man dürfe nicht übersehen, daß nach der eigenen Aussage Tschows dieser nicht durch eine Drohung Kerns gezwungen worden ist, ihm das Ehrenwort zu geben, sondern daß erst, nachdem er den Handschlag geleistet habe, Kern ihm erklärt habe: „Ich schieße dich nieder, wenn Du Dich weigerst.“ Dieser Drohung war also der Entschluß Tschows, die Tat als eigene zu begehen, vorausgegangen, ebenso seine Tätigkeit während der Vorbereitungen und die genaue Auswahl der Mordstelle. Mit dieser Bestimmung Tschows aber breche seine bisherige Aussage, er habe am Sonnabend, dem 24. Juni nur an eine Probestraße geglaubt, völlig zusammen, sobald jetzt zweifellos ein tatsächliches Geständnis vorliegt, daß er gewußt habe, was er tun sollte. Wenn er am Sonnabend diese Tat im Zustande der Bedrohung ausgeführt habe, so könne daraus noch keine Notstandshandlung konstruiert werden. Der Oberreichsanwalt ging dann in seiner Replik auf die Ausführungen des R.-A. Bloch über Tilsen ein und erklärte hierzu, daß Tilsen nach seiner Ansicht durchaus bereit sei, zu ähnlichen Taten seine Hand zu bieten, da er, der Oberreichsanwalt, erst gestern in einem

tennis Brief des Angeklagten Tilsen an seinen Bruder gefunden habe, in welchem Tilsen schreibt, er sei bereit, die beiden Leipsiger, nämlich Bloch und Dittmar, herauszubringen. Weiter, so erklärte der Oberreichsanwalt, habe Tilsen in der Tat mit Kern über dessen Plan verhandelt. Tilsen hätte, wenn er den Mord verhindern wollte, Kern das Ehrenwort abnehmen müssen, was Tilsen zu unterlassen. Der an Kadavergehörigkeit gewöhnte Kern hätte sich durch das Ehrenwort gegenüber seinem Vorgesetzten Tilsen dann unbedingt gebunden gefühlt.

Der Verteidiger der beiden Tschows, Dr. Alsberg, wandte sich u. a. nochmals gegen die Ausführungen des Oberreichsanwalts und verlas im Verlauf seiner Rede folgenden Brief, den die Mutter Rathenaus am 3. Juli an die Mutter des Hauptangeklagten, an Frau Tschow, geschrieben hat: „Im namenlosen Schmerz reiche ich Ihnen, Sie ärmste aller Frauen, die Hand. Sagen Sie Ihrem Sohn, daß ich im Namen und Geiste des Ermordeten ihm verzeihe, wie Gott ihm verzeihen möge, wenn er vor der irdischen Gerechtigkeit ein offenes Bekenntnis ablegt und vor der göttlichen bereut. Hätte er meinen Sohn gekannt, den edelsten Menschen, den die Erde trug, er hätte eher die Mordwaffe auf sich selbst gerichtet, als auf ihn. Mögen diese Worte Ihrer Seele Frieden geben. Mathilde Rathenau.“

R.-A. Fahn hat den Gerichtshof, im Sinne des Briefes der Frau Rathenau zu rufen.

R.-A. Bloch erklärte dann im Auftrage seines Mandanten Tilsen, daß dieser zu dem vom Oberreichsanwalt neu vorgelegenen Brief im Augenblick keine Stellung nehmen könne.

Von dem Recht des Schlüsselwortes machten nur zwei Angeklagte Gebrauch. Der ältere Tschow vertritt nochmals, daß er die volle Wahrheit gesagt habe. Er leide deshalb keine gerechte Sühne vertrauensvoll in die Hände des Staatsgerichtshofes. Auch der Angeklagte Barnack betonte keine völlige Unschuld. Nie habe er die Hand zu einem Mord angeboten.

Die übrigen Angeklagten verzichteten auf das Schlüsselwort. Nach längerer Beratung des Staatsgerichtshofes verließ dann der Vorsitzende, daß der Antrag auf Haftentlassung Tschows, der im Verlauf der heutigen Verhandlung von dessen Verteidiger gestellt wurde, abgelehnt worden sei, weil das Gericht unmöglich die Handlungsweise Tschows jetzt vorweg beurteilen könne.

Dann wurde die Sitzung geschlossen. Das Urteil wird, wie der Vorsitzende mitteilte,

Sonnabend mittag 12 Uhr

oder, falls die Beratungen des Staatsgerichtshofes längere Zeit in Anspruch nehmen sollte, um 3 Uhr nachmittags verkündet werden.

Vor dem Orientfrieden.

Das Abkommen von Mudania war zuerst von den griechischen Vertretern nicht unterzeichnet worden, weil diese ihre Anweisungen aus Athen nicht rechtzeitig erhalten hatten. Inzwischen sind diese Instruktionen eingetroffen, so daß auch von griechischer Seite das Protokoll nachträglich, voraussichtlich am Sonnabend, unterzeichnet werden wird.

Reuter meldet aus Konstantinopel eine neue Verletzung der neutralen Zone durch 4000 Kemalisten bei Ismid. Da dies schon der sechste oder siebente Zwischenfall in den letzten Tagen ist, und da bisher alle englischerseits gemeldeten ähnlichen Verletzungen sich nachträglich als harmlos herausgestellt haben, ist wohl auch diesmal der Angelegenheit keinerlei Bedeutung beizumessen.

Benizelos, der sich in London aufhält, hat bisher Mond George nicht erreichen können, da dieser ihn offenbar meiden. Gestern sprach er im Britischen Auswärtigen Amt vor. Man nimmt an, daß er Griechenlands Vertreter auf der Friedenskonferenz sein wird. Über ganz Griechenland wurde der Belagerungszustand verhängt, obwohl dort alles ruhig sein soll.

Wiederaufnahme der „Kriegsverbrecher“-Prozesse durch Frankreich.

M. Paris, 13. Oktober.

Nach einer Weibung des „Congo de Paris“ hat sich die französische Regierung entschlossen, die Prozesse gegen die angeblichen deutschen Kriegsverbrecher in continuation durch ein Gericht in Lille in zwei besonderen Kammern wieder aufzunehmen, da die Leipziger Urteile hier bekanntlich nicht „genügen“. Die erste Verhandlung dieser neuen Serie soll sich gegen den General Glog (?), den Kommandanten von Cambrai und General von der Marwitz richten. Die französische Regierung wird übrigens, so äußert das „Congo de Paris“ dazu, diesen beiden Generalen besondere Vorladungen schicken.

Eine große Hilfsaktion gegen die Winternot?

Die freien Gewerkschaften hatten vor einigen Wochen, als infolge des großen Marksturzes und der sich ankündigenden Teuerung eine Konsultation in der Bundesversammlung am 1. und 2. Oktober in zwei besonderen Kammern wieder aufzunehmen, da die Leipziger Urteile hier bekanntlich nicht „genügen“. Die erste Verhandlung dieser neuen Serie soll sich gegen den General Glog (?), den Kommandanten von Cambrai und General von der Marwitz richten. Die französische Regierung wird übrigens, so äußert das „Congo de Paris“ dazu, diesen beiden Generalen besondere Vorladungen schicken.

Seit dieser Anregung von Seiten der freien Gewerkschaften kam es denn auch in verschiedenen Gegenden und Städten Deutschlands zur Schaffung solcher Hilfsorganisationen. In Frankfurt a. M. wurde z. B. der Verein „Frankfurter Winterhilfe“ gegründet, der jeden 100 000 Mark zur Erhaltung der Heimatsverpflichtungsbelle für den Mittelstand und 400 000 Mark zur Erweiterung des deutsch-englischen Mittelhandelsverkehrs für arbeitende gefühlte Arbeiter bemittelt. Bayern ist jedoch mit dem Plan eines Hilfswerkes der bayerischen Gewerkschaften hervorgetreten, bei dem Landwirte, Handwerker, Arbeiter, Händler und Kaufleute, Handel und Gewerbe zusammenwirken sollen. In Würtemberg hat man das Hilfswerk einfach mit der Mittelhandelshilfe verbunden.

Es liegt auf der Hand, daß manche Hindernisse und Schwierigkeiten beseitigt werden müssen, bevor diese Hilfsorganisationen wirksam werden. Zunächst ist, wie vor allem das bayerische Bei-

spiel beweist, ein Teil dieser Bestrebungen zur Schaffung von Hilfsorganisationen für die Notleidenden noch zu sehr politisch belastet. Es gibt eben Leute, die auch jede unpassende Gelegenheit dazu benutzen, um irgend ein politisches Geschäftchen dabei mitzuerledigen, z. B. den Gedanken des Hilfswerkes gegen den 1. und 2. Oktober auszuspielen. Der 1. und 2. Oktober hat aber mit der Hilfsaktion gar nichts zu tun. Wenn wie dort die Arbeiter von sich aus zur Unterstützung der Notleidenden eine besondere Arbeitsleistung auf sich nehmen, so wird dadurch der 1. und 2. Oktober in keiner Weise berührt. An der Arbeiterfront wird es nicht fehlen, wenn die Empfangenden nur die Notleidenden der Bevölkerung sind. Erst vor kurzem tauchte in der Sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtages der Gedanke auf, den kommenden Sonntag in Preußen zu einem Arbeitstag zugunsten der Hungernden und Armen zu machen.

Um nun die zweifellos da und dort bestehenden Hemmnisse und Schwierigkeiten bei der Schaffung des geplanten Hilfswerkes aus dem Wege zu räumen, ist das Reichsarbeitsministerium mit einander in Verbindung zu bringen und vor allem einen Austausch der verschiedenen Gedanken, Anregungen und Pläne zu ermöglichen, damit die Erfahrungen wechselseitig nutzbar gemacht werden. Das Reichsarbeitsministerium hat sein Augenmerk bereits auf verschiedene Hilfsmöglichkeiten gerichtet, so z. B. auf die Bereitstellung von billigen Nahrungsmitteln durch die Landwirtschaft, von billiger Kohle durch den Bergbau (für die Notleidenden, für sanitative Anstalten u. dergl.), von Rohmaterialien durch die Textilindustrie, für die Heimarbeit in den Städten usw. Das Reichsarbeitsministerium will nach wie vor die Initiative den Ländern, Provinzen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern überlassen, weil es sich von dieser Initiative aus dem Volk heraus mehr vertritt, als von einer Order von oben her an die verschiedenen Verfassungen, ein Opfer in bestimmter Größe zu bringen.

Der Fehrenbach-Prozess vor seinem Ende.

München, 13. Oktober.

Am Fehrenbach-Prozess nahm gestern, wie gemeldet, noch der erste Verteidiger Süßgrat Bernstein das Wort. Er führte aus, daß dem Angeklagten kein Landesverrat vorgeworfen werden könne und daß nicht bewiesen worden sei, daß die von dem Angeklagten weiter gegebenen Berichte derart waren, daß sie im Interesse des Reiches und der Bundesstaaten geheimgehalten werden sollten. Besonders, was Rembke berichtet hat, sei im wesentlichen schon bekannt gewesen. Bei der Denkschriftlichkeit des Rotterdamer Bureaus könnten die Mitteilungen der Angeklagten unmöglich strafbar sein. Die Strafe, die der Staatsanwalt beantragt habe, sei nach Art und Ausmaß ungerecht und ein Unglück nicht nur für die Angeklagten, sondern für alle, denen daran gelegen ist, daß die Urteile unserer Gerichte dem Volksempfinden verständlich bleiben. Eine entehrende Strafe auszusprechen, sei kein Anlaß gegeben, wenn das Gericht überhaupt dazu komme, eine Strafe auszusprechen. Heute Freitag werden die Plädoyers der Verteidiger fertiggestellt.

Der Tarif im Bekleidungs-gewerbe.

Die zentralen Lohnverhandlungen im Bekleidungs-gewerbe sind in Ansehung zum Abschluß gekommen. Für die Herrenmännlicher wurden Spinnstoffe von 64 M. in Gruppe 76 bis 94 M. in Gruppe 10 pro Stunde festgelegt. Diese Lohnsätze gelten für eine aus den Grundlöhnen des Reichstariifs sich ergebende Altersklasse. Die Qualitäts-zeitungsarbeiter erhalten ebenso wie die Damenarbeiter einen Zuschlag von 5 Prozent auf die Höhe der Herrenmännlichen. Für die Schneiderinnen wurden zur Berechnung der Löhne nach dem Reichstariifs die folgenden Spinnstoffe festgelegt: Hamburg 74 M., Düsseldorf-Wiesbaden 64 M., Bremen, Cöln, Berlin, Mainz 61 M., Bremen, Breslau, Dresden, Hannover, Heidelberg, Leipzig, München, Nürnberg, Rottweil, Stuttgart 58 M., Köln, Osnabrück 56 M., Rostock 53 M., Berlin 50 M. Diese Sätze gelten ab 1. Oktober, für Zeitungsarbeiter ab 7. Oktober, wenn die Lohnsätze am Sonnabend beginnt und endet am 2. Oktober. Am 2. d. Mts. beginnen neue Verhandlungen.

Polizei und Arbeiterschaft.

Von Dr. Hermann Schäpinger.

„Ruhe ist des Bürgers erste Pflicht“ war die Devise des preberzantischen Polizeistaates, „Ruhe und Ordnung“ ist das Ausgangspunkt des bürgerlichen Ordnungsstaates, in dem sich der gebildete Münchener Spielbürger gern mit dem Polizeiknüppel den Rücken geben läßt, wenn nur das Volk, der große Lärm, im Zaun gehalten wird. „Ruhe und Ordnung“ war zu allen Zeiten die Parole, mit der ein volksfremder „Polizeiber“ (das Wort stammt noch aus einer anderen Zeit) die Massen geknebelt.

Da, wo die Arbeiterschaft aber Hand an die staatliche Exekutive gelegt hat, in den Industriezentren Mitteldeutschlands, Rheinlands-Westfalens und den deutschen Hafenstädten, da muß dieser Popanz „Ruhe und Ordnung“ mit dem lebendigen Geist eines aufrechten, mißschaffenden und mitverantwortlichen Bürgers erfüllt und aus einem Schreckmittel für Untertanen und Knechte zum Wahrzeichen der Volkshoheit gemacht werden.

Für uns bedeutet „Ruhe und Ordnung“ den Arbeitsfrieden für das schaffende Volk und das notwendige Instrument für dessen sozialen Aufstieg. Die Aufrechterhaltung dieses Arbeitsfriedens muß mit einem Mindestmaß der unserem Produktionsapparat entzogenen Kräfte unter möglicher Abstreifung äußerlicher Schäden des alten Militär- und Polizeistaates durchgeführt werden. Das autonome schaffende Volk soll in seinem von ihm bestellten Polizeibeamten in erster Linie den helfenden und schützenden Staatsbürger in Uniform, das Glied einer wahren „Volkspolizei“ betrachten. Der von uns unseren Beamten auferlegte Dienst aber soll die rationellste Ausnutzung der Polizeikräfte gewährleisten mit dem Endziel, vorbeugend und erzieherisch auf die Massen zu wirken und das Einschreiten mit roher Gewalt zum seltensten Ausnahmefall herabzudrücken.

Will die deutsche Arbeiterschaft die Führung in der Umbildung unserer staatlichen Exekutive in der Hand behalten, dann darf sie sich nicht mit der starren Ausführung der in Geheimratsstuden ausgearbeiteten Schemata begnügen, sondern dann muß sie, überall, wo sie die Macht dazu besitzt, voranzutreten in der Rationalisierung und Demokratisierung des ihr anvertrauten Verwaltungsapparates.

Unsere „Sicherheitspolizei“ ist ein Produkt des Friedensvertrages und der inneren Erschütterungen der Jahre 1918/20. Sie war eine „Organisation für den Kriegszustand“, das Reservat der Kampferfahren im Bürger- und Straßenkampf. Das Beispiel Hamburgs verdeutlicht uns den Werdegang dieser „Truppe“ und fordert uns förmlich zur Kritik dieser aus der Umsturzperiode der Nachkriegszeit hervorgegangenen Verbände heraus. Zweifellos haben sich die militärischen und organisatorischen Schöpfer der Hamburger „Ordnungspolizei“ außerordentliche Verdienste um den Staat Hamburg und die angrenzenden preussischen Gebiete erworben. Es ist nur die Frage, ob es noch zeitgemäß ist, Hamburg immer noch in dieser Form als „Sipo-Garnison“ aufrechtzuerhalten.

Preußen geht schon längst dazu über, bei der Ausbildung seiner Polizei nicht allein an die Aufrechterhaltung gewisser unumgänglich notwendiger Polizei-Kampfruppen zu denken, sondern auch die Angehörigen dieser Verbände auf den Einzeldienst, als die Hauptaufgabe polizeilicher Tätigkeit einzustellen.

Wie unproduktiv sich das Hamburger „Orpo“-System für den Normalfall geordneter Sicherheitsverhältnisse auswirkt, möge folgendes Beispiel zeigen: Altona besitzt etwa 250 kommunale Polizeibeamte, von denen 160 im Straßendienst stehen. Diese Beamten leisten unter Berücksichtigung des Achtstundentages innerhalb 24 Stunden etwa 1500 Straßendienststunden. Die in Altona verwandte „Orpo“ in der Staatsstärke von etwa 700 Beamten stellt aber täglich nur 70 Beamte zum Dienst mit 560 Straßendienststunden.

Das bedeutet ein Mißverhältnis in der produktiven polizeitechnischen Arbeitsleistung, das dem steuerzahlenden Arbeiter und Bürger sehr zu denken geben muß.

Die Zusammenziehung von Bereitschaften im Augenblick drohender Unruhen ist zweifellos jetzt noch ebenso notwendig wie 1919/20. Nigends aber ist doch der Polizeibeamte gefechtsbereiter als im Straßendienst und als Träger des vorbeugenden Polizeidienstes im „Einheitsrevier“, d. h. in der gemeinsamen Wachtube der blauen, grünen und Kriminalpolizei. Hier kann der junge Sipo-Beamte von seinen polizeilich ganz anders geschulten Kollegen nur lernen! Die Tatsache, daß die doppelte Anzahl von grünen Beamten kaum die Hälfte der strafbaren Vorgänge zur Anzeige bringt wie die blaue Polizei, spricht allein Bände!

Die deutsche Arbeiterschaft hat absolut kein Interesse daran, polizeilich unproduktive „Sipo-Garnisonen“ mit teurem Geld zu unterhalten, damit die Beamten dieser Kategorie die kostbare Arbeitszeit mit Kajendendienst und Fußballsport vertun. Die „Einheitspolizei“, zusammengesetzt aus in allen Gebieten des reichhaltigen Polizeidienstes geschulten Beamten, die bei drohender Störung der öffentlichen Sicherheit zu geschlossenen Polizeireserven zusammengesetzt und auch hierfür geschult werden, muß uns bei allen Reformvorstellungen voranschreiben.

Wir brauchen vor allem klare Ziele, zu denen wir die deutsche Arbeiterschaft in ihrem Ringen um die politische Macht emporführen wollen. Landnechtsgeist war dem deutschen Proletariat zu allen Zeiten ein Gegenstand des Mißtrauens und der Verachtung. Trotz aller Vernunftgründe und Mahnungen von Seiten unserer Parteileitung und unserer in verantwortlichen Staatsstellen befindlichen Genossen, konnte sich der tätige, aufstrebende, qualifizierte Handarbeiter nicht entschließen, in Massen in das Söldnerheer der Reichswehr einzutreten. Der niedrige Arbeitsverdienst, die Eintönigkeit des Berufes ludte ihn nicht. Sollen wir durch die Aufrechterhaltung der uns aus politischen Gründen leichter zugänglichen Sipo aus Parteigenossen neue Landnechtsgeistigen schaffen oder sollen wir andere Wege gehen, um aus den besten Elementen der deutschen Arbeiterschaft heraus die Kerntruppe zum Schutz der Republik zu bilden?

Je mehr wir den Polizeiberuf vertiefen und erweitern, je gründlicher wir mit der reinen „Bereitschaftspolizei“ aufräumen, um dem vorwärtsstrebenden deutschen Arbeiter innerhalb der Polizei ein reichhaltiges Feld der Tätigkeit in allen Sparten des Polizei- und damit auch des Verwaltungsdienstes einzuräumen, desto lebendiger und wertvoller wird der Strom, der auf diesem Wege von der Handarbeit zur Kopfarbeit aufstrebenden Klassen-genossen Polizei und Verwaltung durchfließen.

Haben wir so eine Elite tüchtiger und energischer Führerköpfe in den Wachtuben der Polizei geschaffen, dann wird es uns ein leichtes sein, die Barrieren der Reichswehr zu überspringen und das letzte Maßinstrument des Staates mit unseren Fäusten und Köpfen in Besitz zu nehmen. Ueber den Landnechtsbataillonen der Reichswehr hinweg, deren Tage mit dem Zusammenbruch des Versailleschen Friedens gezählt sind, müssen wir aber unser Endziel, die Bürgermiliz des freien Volksstaates im Sinne Jaures, Babels und Singers im Auge behalten, als das Unterpfand des inneren und äußeren Friedens. Dahin führt uns nicht Landnechtsgeist, sondern zähe Arbeit am und im Staat.

Kommunisten und Getreideumlage.

Von Wilhelm Dittmann.

In der „Roten Fahne“ lobt der tapfere Koenen gegen die beiden bisherigen sozialistischen Parteien und die letzte vereinigte Sozialdemokratische Partei wegen der Getreideumlage. Nach seiner Darstellung ist die Getreideumlage ein Mittel zur Bereicherung der Agrarier und zur Verteuerung des Brotes der Armen. Koenen stellt die Dinge damit wieder einmal auf den Kopf, wie er es gewöhnlich zu tun pflegt. Vorweg sei deshalb festgestellt: Die Getreideumlage verteuert nicht das Brot, sondern sie verbilligt es, sie bereichert nicht die Agrarier, sondern sie schränkt ihren Profit ein. Wäre es anders, warum die organisierte Sabotage der Getreideumlage durch die Agrarier? Der Kommunist Hendemann hat in der Reichstagsung vom 20. Juni 1922 auch selber zugestanden, daß die Getreideumlage „eine gewisse Einschränkung der Auswanderung“ bedeute. Ebenso stellte er in derselben Sitzung fest, daß nach Dr. Heim „den armen Agrariern 20 Milliarden Mark als Profit durch die Umlage (1921/22) entzogen worden wären“. In derselben Rede sagte er: „Durch den Zwang zur Verteuerung wird eine gewisse Menge von Brot sichergestellt.“

Tragend stellen die Koenen und Genossen die Umlage jetzt als die Ursache der Brotverteuerung hin! Die Agrarier wollen die „freie Wirtschaft“ auch für das Brotgetreide. Das würde Weltmarktpreise für Korn und Mehl und eine gewaltige Brotverteuerung bedeuten. Im Kriege wurde der Brotpreis bekanntlich durch die Zwangswirtschaft niedriger gehalten. Die Getreideumlage ist ein Rest der Zwangswirtschaft. Mindestens 4 1/2 Millionen Tonnen Brotgetreide braucht das deutsche Volk im Jahr für seine Ernährung. Davon wird ein großer Teil aus dem Auslande eingeführt, für den deshalb auch die hohen Auslandspreise gezahlt werden müssen. Die Agrarier würden für das ganze im Inlande erzeugte Getreide sofort dieselben hohen Preise fordern, wenn — die Getreideumlage sie nicht daran hindern würde. Durch die Getreideumlage ist bestimmt, daß 2 1/2 Millionen Tonnen Brotgetreide, also mehr als die Hälfte des Bedarfs, von den Agrariern zu einem billigeren Preise abgezogen werden müssen. Dadurch kann ein „Mischpreis“ für Brotgetreide gebildet werden, der höher ist als der Inlandspreis und niedriger als der Auslandspreis. Das ist der Zweck der Getreideumlage. Ohne sie würde der hohe Auslandspreis und nicht der niedrigere „Mischpreis“ gelten.

Man sollte meinen, dieser klare Sachverhalt sollte auch die Kommunisten abhalten, die Getreideumlage für die Brotverteuerung verantwortlich zu machen. Aber ihnen kommt es lebhaft darauf an, alles herunterzureden, was von der Sozialdemokratie geschaffen ist. Die beiden bisherigen sozialistischen Parteien haben im Reichstage nach schweren Kämpfen mit den Agrariern und den bürgerlichen Parteien die Getreideumlage durchgesetzt. Die bürgerlichen Parteien wollten den Agrariern weit entgegenkommen und hatten im Volkswirtschaftlichen Ausschusse des Reichstages (1) folgende Preisbemessung für das Umlagegetreide durchgesetzt:

Für das erste Viertel der Umlage beträgt der Preis für Roggen 8000 Mark, für Weizen 8800 Mark, für Gerste 7800 Mark, für Hafer 7500 Mark je Tonne. Für das zweite sowie für das dritte und vierte Viertel des Preisfalls setzt die Reichsregierung die Preise, die den Erzeugern für das Umlagegetreide zu zahlen sind, nach Anhörung eines Ausschusses fest.

Demgegenüber wollten die beiden sozialistischen Parteien 6700 Mark für Roggen und 6900 Mark für Weizen zugestehen. Schließlich gelang es ihnen, die bürgerlichen Koalitionsparteien dafür zu gewinnen, die Ausschussbeschlüsse wieder fallen zu lassen und zuzustimmen, daß die Preisbemessung folgendermaßen festgelegt wurde:

Der Preis für das erste Drittel der Umlage beträgt für Roggen 6900 Mark, für Weizen 7400 Mark, für Gerste 6700 Mark, für Hafer 6800 Mark je Tonne. Für das zweite und das dritte Drittel der Umlage setzt die Reichsregierung die Preise auf der Grundlage der im Abjah 1 festgelegten Preise nach Anhörung eines Ausschusses fest.

Zunächst wurde also statt der Viertelung die Drittelung durchgeführt und sodann eine Preisherabsetzung gegenüber dem Ausschussbeschlusse, die bei Roggen 1100 Mark, bei Weizen 1400 Mark, bei Gerste 1100 Mark, und bei Hafer 900 Mark pro Tonne betrug. Wollen die Kommunisten leugnen, daß diese Herabsetzung eine Verbilligung des Brotgetreides bedeutet? Wollen sie leugnen, daß sie selber dafür gestimmt haben würden, wenn es auf ihre Stimmen angekommen wäre? Sie stimmten doch nur deshalb gegen diese Umlagepreise, weil sie wußten, daß sie trotzdem angenommen würden! Sie schrien über „Verrat“ der Sozialisten, weil diese überhaupt einer Preisermäßigung zugestimmt haben. Dabei hatten und haben die bürgerlichen Parteien im Reichstage die Mehrheit und hätten — wie

der Ausschussbeschlusse klar zeigte — ohne das Einwirken der beiden sozialistischen Parteien noch höhere Preise — 8000 Mark statt 6900 Mark, usw. — beschließen!

Die kommunistischen Demagogen behaupten auch, die Sozialdemokratie sei deshalb schuld an der Brotpreiserhöhung, weil sie sich mit 2 1/2 Millionen Tonnen Umlagegetreide abgefunden hat, statt auf 4 1/2 Millionen Tonnen zu bestehen. Aber die Kommunisten wissen selbst, daß die bürgerlichen Parteien teils nur 2 1/2, teils 2 und teils gar nur 1 1/2 Mill. Tonnen der Umlage unterwerfen wollten, und daß es bei den Stärkeverhältnissen im Reichstage unmöglich war, ein höheres Quantum Getreide für die Umlage freizubekommen, als ihr im Vorjahre unterworfen war: 2 1/2 Millionen Tonnen.

Wenn man die Koenen und Genossen mit diesen unwiderleglichen Argumenten in die Enge getrieben hat, dann rufen sie mit großer Gesten: „Ja, man hätte eben den Reichstag auflösen müssen!“ Die Auflösung hätte aber doch nur dann einen Zweck gehabt, wenn dadurch die Getreideumlage günstiger gestaltet werden konnte. War das aber der Fall? Zunächst: Schon Ende Juni, als die Getreideumlage beschlossen wurde, war es höchste Zeit, zu einem klaren Entschlus zu kommen, ob die Umlage für die neue Ernte wieder eingefordert werden sollte oder nicht, sonst war sie organisationsmäßig nicht mehr durchführbar. Auflösung und Neuwahlen hätten den definitiven Beschluß um circa 90 Tage — innerhalb deren der neugewählte Reichstag hätte zusammenzutreten müssen — hinausgezögert. Zwischenzeitlich wäre die neue Ernte eingebracht worden ohne Umlage. Sie wäre also praktisch erledigt gewesen, ganz gleich wie die Neuwahlen ausgefallen wären.

Oder glauben die Kommunisten etwa, die bürgerlichen Parteien hätten ihnen oder den sozialistischen Parteien zuliebe vor der Reichstagsauflösung schnell noch ein Notgesetz beschließen, das die Umlageorganisation vorläufig ohne Inhalt aufrecht erhalten hätte? So dumm kann doch selbst ein Kommunist nicht sein. Die Umlage war eben überhaupt nur noch möglich, wenn sie damals sofort beschlossen wurde, oder sie war überhaupt nicht mehr möglich. Deshalb kann auch die Frage auf sich beruhen, ob die Neuwahlen eine sozialistisch-kommunistische Reichstagsmehrheit ergeben hätten würden. Das aber wäre doch notwendig gewesen, denn selbst wenn die künftigen kommunistischen Träume erfüllt worden wären und sie auf Kosten der beiden sozialistischen Parteien Mandate gewonnen hätten, so hätte das nicht das geringste genützt, wenn nicht gleichzeitig die bürgerliche Mehrheit beseitigt worden wäre. Aber selbst ein solcher Erfolg hätte die verschwundene Getreideumlage nicht mehr hervorzubringen können.

Die beiden sozialistischen Parteien haben also im Sommer bei der Getreideumlage das getan, was im Interesse des Proletariats allein richtig war: den denkbar stärksten Druck für die Verbilligung des Brotgetreides ausgeübt. Wenn inzwischen der Dollar von 300 auf 3000 Mark gestiegen ist und dadurch natürlich eine wahnsinnige Erhöhung des Preises für Auslandsgetreide sowie auch des „Mischpreises“ und des Brotpreises eingetreten ist, so gehört schon die ganze Gewissenlosigkeit der kommunistischen Demagogie dazu, dafür die von der Sozialdemokratie durchgesetzte Getreideumlage verantwortlich zu machen.

Bekanntlich hat die Reichstagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei kürzlich mit überwältigender Mehrheit beschlossen, an dem für das erste Umlagequartal festgelegten Preise nicht rütteln zu lassen. Wenn trotzdem die Reichsregierung bei Stimmhaltung der sozialistischen Minister beschlossen hat, beim Reichstage eine Erhöhung für das erste Drittel zu beantragen, so mören die bürgerlichen Parteien im Reichstage für einen solchen Beschluß die Verantwortung auf sich nehmen. Der Sozialdemokratie werden sie damit die Frage aufdrängen, ob es nicht besser ist, gegen den sich immer klarer herausbildenden Bürgerhaß geschlossen und energisch in Opposition zu treten; statt mit einem Teil dieses Haßes gemeinam die allgemeine Verantwortung für die Führung der Reichsgeschäfte zu tragen.

Den Kommunisten gegenüber aber muß in der Frage der Getreideumlage einmal der Spieß umgedreht werden. Während nämlich die Sozialisten es durchgesetzt haben, daß der Preis für das erste Umlagequartal gesetzlich festgelegt wurde, wollten die Kommunisten die Preisfestsetzung für das ganze Jahr — der Regierung übertragen! Unglaublich, aber wahr! Sie haben beantragt:

„Die Reichsregierung setzt die für das ganze Erntejahr geltenden Preise, die den Erzeugern für das Umlagegetreide zu zahlen sind, im Einvernehmen mit einem Ausschusse fest.“ Wenn man den Kommunisten im Sommer gefolgt wäre, könnte jetzt die Reichsregierung ohne Reichstag die Preise einfach erhöhen „im Einvernehmen mit einem Ausschusse.“ Daß die Kommunisten diesem Ausschusse, dessen Einsetzung sie von einer bürgerlichen Reichstagsmehrheit forderten, eine proletarische Mehrheit sichern wollten, macht die Sache nur noch grotesker: freigen vom Dornstrauch jorden! Die bürgerlichen Parteien hätten den kommunistischen Vertrauensantrag für die Regierung

nur anzunehmen und den Ausschuss in ihrem Sinne zu gestalten brauchen, und die Bahn wäre frei für die Festlegung der Preise für das erste Umlagequartal in Höhe der Weltmarktpreise. Das verhindert zu haben beim Umlagegesetz ist das Verdienst der deshalb jetzt von den Kommunisten geschmähten und verfluchten Sozialdemokratie.

Maßnahmen gegen Stubenrauch.

Zu dem Fall des Primars Stubenrauch vom Realgymnasium in Sieglitz wird dem Sozialdemokratischen Parlamentsdienst mitgeteilt, daß dem am 19. August aus der Untersuchungshaft entlassenen und am 11. September außer Verfolgung gelassenen Stubenrauch im Anschluß an die Herbstferien durch den Provinzalschulrat Michaelis schriftlich eröffnet wurde, daß er der Schule fernzubleiben habe, bis seine Angelegenheit vor Gericht entschieden worden ist. Stubenrauch ist seitdem auch nicht mehr in die Schule gegangen. Auf Grund der Ergebnisse des Leipziger Prozesses werden die Schulbehörden unverzüglich mit dem entsprechenden Nachdruck die gebotenen Schritte im Fall Stubenrauch unternehmen.

Diese aus dem preussischen Kultusministerium stammende Mitteilung gibt also zu, daß Stubenrauch erst im Anschluß an die Herbstferien vorläufig von der Schule entfernt wurde, sie befugt nicht, daß er seit dem 19. August, an welchem Tage er aus der Untersuchungshaft kam, bis zu den Herbstferien, die Schule nicht mehr besucht habe.

Der Cumberländer klagt.

Republikanische Richter sichern sein „Recht“.

Braunschweig, 12. Oktober.

In der Klage des sogenannten herzoglichen Hauses Braunschweig-Lüneburg, d. h. des Herzogs v. Cumberland, Schwiegersohn Wilhelms II., gegen den braunschweigischen Staat wegen Nachzahlung eines Teiles der fürstlichen Länderrente für die Zeit nach der Revolution und Herausgabe des Mobiliars wurde nach der „Braunschweigischen Landeszeitung“ von der ersten Zivilkammer des Landgerichts Braunschweig ein Zwischenurteil verkündet, nach dem der von dem braunschweigischen Staat erhobene Einwand der mangelnden Parteifähigkeit, der mangelnden gesetzlichen Vertretung und der Unzulässigkeit des Rechtsweges verworfen wird. Ferner verkündete das Gericht einen Beschluß, daß auf Antrag des Klägers Verhandlung zur Hauptsache angeordnet wird.

Volkswirtschaft

Kartoffelnotierung.

Hamburg, 13. Oktober.

Als in den Erzeugergebieten gesahlte Erzeugerpreise für Kartoffeln ab Vollbahnstation sind am Donnerstag festgesetzt worden: Weiße Kartoffeln 470 bis 490 Mk pro Zentner, rote Kartoffeln 350 bis 380 Mk pro Zentner, gelbe Industriekartoffeln 540 bis 560 Mk pro Zentner.

Devisen-Kurse.

Berlin, 14. Oktober.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse. 13. Oktober 12. Oktober

Amsterdam	100 fl.	104619.—	95550.—
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	13926.30	17378.25
Kristiania	100 Kr.	48239.60	48945.—
Kopenhagen	100 Kr.	54931.25	49937.50
Stockholm	100 Kr.	71510.30	65418.10
Helsingfors	100 finn. Mk.	6117.80	5792.75
Rom	100 Lire	11385.75	10086.50
London	1 £	11985.—	10996.30
New York	1 Doll.	2721.59	2466.91
Paris	100 Frs.	2047.435	18676.60
Zürich	100 Frs.	50536.75	46142.25
Madrid	100 Pesetas	40948.75	37852.60
Wien	100 K.	3.48	3.30 1/2
Prag	100 K.	9038.65	8489.40
Budapest	100 K.	104.86	102.87

Sigrid, das Fischermädchen.

Erzählung von Theodor Mügge.

7. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Herr Schiemann jagt hier, daß du ihm vieles mitgeteilt hast über die Art, wie du ins Verderben geratest, und daß Erik Meladal um alles gewußt hat, was du getrieben.“ „Das hat er, Herr Pastor, und war mit mir in solcher Freundschaft, daß mir auch nichts verborgen bliebe, was er tat.“ „So!“ rief Herr Bille, und sein Gesicht wurde freundlich. „Du weißt also, was er getrieben, und jetzt, so steht hier, ist er fort, einem Mädchen nach?“ „Ja, meiner Seele!“ fauchte Thorfel lachend, „er ist einer hinterher, mit der er es vorhat.“

„Mein Sohn,“ sprach der Pastor würdevoll und ihn schamlos ansehend, „kann man dir auch vertrauen, daß du die volle Wahrheit sprichst?“ „Et ja!“ verzückte Thorfel. „Ich mag mich nimmer zum Lügen gebrauchen lassen, darauf verleihe dich, Herr. Und damit du siehst, daß ich tue, wie ich sage, so will ich dir eine Sache anvertrauen, die sicher ist.“ Er trat ihm näher und sprach leiser: „Es hat mir jemand Nachricht gebracht, daß ich heute abend in deinen Garten kommen möchte, da wollte deine Tochter mit mir reden.“

„Wie?“ fragte Jöns Bille erstaunt und erschrocken. „Wenn du es nicht willst, werde ich nicht hingehen.“ antwortete Thorfel.

Der Parrer schwieb einige Minuten, aber er wurde immer freundlicher dabei und endlich sah er sehr zufrieden aus und lachte. „Mein lieber Thorfel,“ sagte er, „ich sehe nun, daß du treu bist, und darum sollst du hingehen und sollst die volle Wahrheit sagen. Willst du das tun?“ „Ja, Herr“, sprach Thorfel.

„Du mußt ihr nichts verschweigen,“ fuhr Herr Bille fort. „Alles, was sie dich fragt, sollst du beantworten, und was du weißt, ihr nicht verheimlichen. Und höre, Mann: Du sollst mir das nicht umsonst tun. Ich will dir helfen vor aller Welt, niemand soll dir Böses nachreden. Ich sowohl wie Herr Schiemann, wir werden für dich sorgen, daß du zufrieden sein wirst.“

Nach einer halben Stunde kam Thorfel aus dem Pfarrhaus, und der Parrer ging mit ihm bis an die Türe und sagte da laut: „Komm bald wieder, Thorfel Ingolf!“

Als es Abend geworden, leuchtete das Feuer vom Herde Gullit Hansens. Beim hellen Flammenchein lag er davor und blickte finster hinein, denn er hatte keinen guten Tag gehabt. Mit seinen beiden Booten war er außer an dem Agerdejsund gewesen, hatte aber fast nichts gefangen. Lag es an dem schwarzen Winde oder an der Strömung, er dachte darüber nach; doch andere, die nicht weit davon hielten, machten guten Fang. Ein Fischer hängt wie ein Jäger vom guten Glück und vom Zufall ab, oder vom bösen Nir, dem Neid und den Meerräubern, die den Fisch von des einen Netz fortjagen und in die Fallen ihrer Günstlinge führen. Es kann aber auch Hexerei dabei vorkommen. Wer sich darauf versteht auf Bannsprüche und Verwünschungen, der kann machen, daß Unglück seinen Feind verfolgt, daß seine Tiere sterben und verderben, seine Bäume und Saaten verdorren, seine Riegel nicht löst, ob er das Wild auch mitten durchschleife, und daß in seine Netze kein Fisch geht. Ein Volk, das einsam lebt und wohnt in wilden Gebirgen und an wilden Klüften, Raub und Raub im Kampfe mit der Natur und deren Schrecken, mit Stürmen und Nebeln, dabei von alten Zeiten her mit Wundern und Sagen reich verlorat, das läßt so leicht nicht los vom Glauben an gute und böse übernatürliche Wesen und Kräfte. Gullit Hansens war ein Mann, dem es nicht an Verstand fehlte, doch in Nacht und Nebel hatte er manches gesehen und manches gehört, das nicht von Menschen kam, auch manchen gefannt, dem Neid und Hexerei arg mitgespielt.

Als er mürrisch in sein Haus trat, fand er aber noch eine andere Sorge. Sein Sohn Anders lag krank im Bette voll Fieberhitze und Mattigkeit, es war ihm zur Mittagszeit plötzlich angefahren, Sigrid hätte ihn niederlegen müssen, sie lag bei ihm in der Kammer. Vor dem Fischer aber, auf dem Klotz am Herde, lag dafür ein altes Weib, das häßlich ausah. Sie hatte nackte Füße in den Schuhen, trug einen weiten roten Rock und eine braune Jacke. Ihre Nase war aufgeschwulst wie das Grotts Rafe, ihre Lippen bild wie seine Lippen, und ihre Augen flozen hemealich umher wie seine Augen. Es war seine Mutter Grete, der ihr Sohn so ähnlich sah, und es war eine starknachiae feste Frau, vor der die Leute umher meißt mehr Furcht als Zuneigung empfanden, denn sie galt als falsch und böse, aber auch als klug und erfahren in vielen Dingen. Wenn einer krank war, ging er zu ihr und holte sich Rat. Sie konnte die Nase und das Blut berechnen, konnte Narzen farlschaffen und konnte Gliederkammerzen heilen. Sie machte auch Salben gegen Kopf und Wunden und kochte Tränke gegen alle Krankheiten, aber das feste tat doch ihr Pusten und Streichen, und was sie heimlich dabei murmelte und Kreuze machte. Es war also eine weisse Frau, die häufig

in die Bayernhütte geholt wurde, aber sie wußte auch sonst noch von vielen verborgenen Dingen, sagte manchem Mädchen ihr Schicksal voraus, was ihr bestimmt sei und was nicht, was geschehen müsse, wenn Wünsche sich erfüllen sollten, und was jeder tun sollte, wenn er Schaden oder Unglück von sich abwenden wollte.

Daß die kluge Grete ihrem Sohne Clas zumeist Glück zu schaffen suchte, und daß Sigrid ihr wohl gefiel, konnte ihr niemand verdenken. Sie war einverstant, daß Clas diese für sich ausgesucht, auch wußte sie, was entgegenlag und fortgeschafft werden mußte. Als sie heute gekommen, war es ihre Absicht, Gullit Hansens weiter in den rechten Weg zu bringen, und leid tat es ihr nicht, daß üble Dinge ihn betrafen. Daß sie kam, war aber auch dem Fischer lieb. Sie konnte nach dem Knaben sehen und Rat geben, tat dies auch, strich ihm Kopf und Hände, blies ihn an, betrachtete und befeuerte ihn. Darauf setzte sie sich an das Feuer und zog aus ihrer Tasche eine kleine schwarze Tabakspfeife. Gullit reichte ihr keinen Tabaksbeutel hin, und sie stopfte die Pfeife, brannte sie an und rauchte. Das graue Haar hing ihr unter dem Kopftuch herab, der Feuerchein spiegelte über ihr Gesicht, und zuweilen benagte sie sich über den Herd und sah in die weiße Asche, die das Birkenholz übrig ließ.

Es dauerte ziemlich lange, daß keiner sprach. Gullit sah still und ließ sie gewähren, bis Grete endlich dreimal ins Feuer spuckte und den Kopf zu ihm hindrehte. „Nichtig ist es nicht hier,“ sagte sie, „das Unglück hast du im Hause.“

„Was für Unglück?“ fragte Gullit. „Du magst es machen, wie du willst,“ fuhr sie fort, „es wird dich nicht verlassen, wenn du nicht klug bist.“

„Was meinst du?“ fragte er weiter. „Es hat einer dich verflucht, möchte dich verderben.“ „Womit?“ fragte Gullit langsam und starre sie an. „Eben rief braunen Clas: „Willst du von der Tür, du Seeh, du! Ich schlage dich tot, du Teufelsvieh!““

Fortsetzung folgt.

Das Geld ist zu schade,
um es nutzlos auszugeben. Darum färben alle praktischen Hausfrauen ihre Kleider, Blusen, Gardinen, Strümpfe usw. nur mit den weltberühmten „Seitmann's Farben“, Marke „Fuchskopf im Stern“, weil diese die besten sind.

Persil bleibt Persil

In alter bewährter Güte!

Ohne Chlor! Wäscht bleicht und desinfiziert.

geeignet für alle Arten von Wäsche.

Niemals lösen! Nur in Originalpackung!

Alleinige Hersteller: HENKEL & CO., DUSSELDORF, auch der allbewährten „HENKO“ (Henkel's Wasch- und Bleich-Soda).

Öffentliche Verpachtung von Säbereien

Am Freitag, dem 20. Oktober d. J., vormittags 8 1/2 Uhr sollen im Gesellschaftshaus Markt, Marktstraße 18, folgende Säbereien auf die Dauer von 10 Jahren öffentlich meistbietend verpachtet werden:

- a) Vorstadt St. Jürgen: Parzelle 92 der Koppeln hinter der Kahlhorst, groß 1 ha 80 ar 16 qm
- b) Landbezirke: Miesen - Parzellen 1, 10-16, 18-23 und 26, 1-26, 7 Forstort XII, Kuhbrockmoor: Kataliterparzellen 52, 53 und 98-54 des Kartenblattes 4 der Gemarkung Kücknis, groß zusammen 4 ha 73 ar 82 qm.

Als Pachtpreis wird der Wert von Roggen aufbedingungen werden. Bezüglich der Parzellen in der Gemarkung Kücknis erfolgt das Aufgeben nach Roggen und Kartoffeln.

Die Bedingungen und Karten liegen im Büro der Finanzbehörde, Fleischhauerstraße 18, Zimmer 9, zur Einsicht aus. (8135)

Die Finanzbehörde, Abteilung für Stadträter

Herrn Sonntagsdienst, (Stadtr.) Dr. Haddinga, Gabelstr. 1, Dr. W. Weging, Pferdeweg 12, Dr. Fr. Krieger, Karstendamm 4.

Stockeisdorf. (8137) Dr. med. Ahlenstiel von der Reue zurück.

Kammereijäger Krüger beerd. Sachverh. Kücknis, S. N. 1794, Radikalweg 2, Repflanz

Westfehlung Uhrmacher und Juwelier. 32 Gollnerstraße 32

Jeder, der fein Silber, Platin, Gold, Bruch, goldene Uhren, Bestecke, künstl. Gebilde, Münzen-Sammlung zur

Fleischhauerstraße 26

Gold	fein pro Gr.	1500.- M.
	900	1100.-
	750	950.-
	585	700.-
	383	400.-
Silber	Gr. 800	35.-
	800	32.-
	750	30.-

Gute Silber-Sachen pr. Gr. 50 - u. mehr Platin pro Gr. 6-7000 M. Kaufe Dienstag, Mittwoch, Edelsteine und Brillanten! Zahle Nischen-Auslandspreise! **Bernhard Friedmann, Fleischhauerstraße 26.** Bitte auf die Hausnummer zu achten Legitimation erforderlich. (8129)

Tagesgespräch ist!! daß jeder die höchsten Preise für Lumpen, Eisen, Papier und Metalle erhält bei **H. Zölck, Lg. Lohberg 34** (8158)

Schrotten von Korn aller Art, ohne Wahlverlust, übernimmt (8142) **Julius Böttcher, Katharinenstr. 25.**

Nach dem Waschen mit **Steen's Glycerin-Milch Seife** ist zur Erlangung einer sammetweichen Haut

Steen's Glycerinmilk unübertroffen. Überall erhältlich Engros-Niederlage: Harloff & Schulz, Lübeck.

Schwarz-rot-goldene Schützen und Fahrradfahren. Sachhandlung **Fr. Meyer & Co.** Ad. Möbius Uhrmacher, Kücknis 13 Uhr- u. Goldwarenbelg. u. Reparatorenwerkst. (8136)

Zahn-Praxis Ernst Maus Sprechst. b. 9-12 und von 2-7 Uhr. Sonntag b. 9-11 Uhr. Mühlenstr. 1-3, I., am Klingenberg. Zentr. 1708. (8077)

Die von uns wegen Bargeldmangels ausgegebenen Gutscheine müssen bis zum 31. Oktober d. Js. bei der Direktion der Disconto-Gesellschaft, Filiale Lübeck, zur Einlösung eingereicht sein. Die nach diesem Termin nicht präsentierten Gutscheine verlieren ihre Gültigkeit. **Brückenbau Flender Akt.-Ges. Schiff- u. Dockbauwerft Lübeck-Siems.**

Hafen, Kanin, Ziegen- u. alle andern Zelle, Berde, Antschweif-Hare faurt zu höchsten Preisen **J. C. Würzburg** Wahrenstr. 22a.

Hut-Ziele Wahrenstr. 9. Herrenhut-Umpresserei u. -Reinigung Zylinder-Bügeln u. -vermieten.

+Magereit+ Schöne volle Körperformen durch unter **„Bora“** Kräftigen in 6 bis 8 Wochen bis 80 Pfd. Zunahme. Garantie. Unschädlich. Ärztlich empfohlen. Streng reell. Viele Dankschreib. Preis: Karton mit Gehrt.-Anw. M. 60.- Porto extra.

Alleinige Niederlage **Adler-Apotheke, Lübeck Ob. Mengstr. 10.** (8197)

Beste Preise für Gold, Silber, Platin, Double Brillanten Bruch und Gegenstände) **Carl Michaelson, Mühlenstraße 3** (am Klingenberg)

Zahn-Praxis W. Rylewsky Breite Str. 7, Telefon 1253. Laboratorium sämtlicher zahntechn. Arbeiten. Umarbeiten schlecht fgender Gebisse. Reparatur. z. Auswärtige Patienten werden nach Möglichkeit an einem Tage fernarbeiten. (8098)

Schles. Kirmes im Kolosseum! Morgen Sonntag, 6-1 Uhr (8128)

Außergewöhnlich billig heizen und kochen Sie mit dem **Thermidor-Ofen, D. R.-Patent.** **Gg. Krach** Lübeck, Glockengießerstr. 30 Fernruf 8445. (8095)

Die höchsten Tagespreise für **Lumpen, Eisen, Metalle, Papier, Felle usw.** erhalten Sie bei **Selig L. Cohn,** Wahrenstraße 62. Telefon 2158. (8084)

Beste Speisekartoffeln gesunde, gelbfleisch., vom Meckl. Sandboden, für den Winterbedarf lief. zum Tagespreise frei Haus und ab Lager Falkenstr. Mitte **Wanzenberg & Gerber.** Kartoffelgroßhandlung 8100 An der Falkenwiese 10. Telefon 525.

Friseur Lubecks Bezirk „Süd“ Sonntag, den 22. Oktober 1922: **Großer Ball** Konzerthaus „Flora“. Anfang 6 Uhr. (8109) Ende 2 Uhr. Hierzu ladet ein **Der Festausschuss.**

Bekleidungsarbeiter - Verband Filiale Lübeck. Einladung zum **Herbstvergnügen** am Sonntag, 21. Okt. 1922 im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50/52. Kaffeeöffn. 6 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. Damenkarte 10,00 M., Herrenkarte 16,90 M. inklusive Steuer. **Das Komitee.** 8106

Adlershorst Gr. Ball. Morgen Sonntag: **Café Astoria** Holstenstraße 26 8087 **Täglich Künstler-Konzerte** ausgezeichnete Getränke u. Konditorwaren

Weißer Engel. Großer Ball. Morgen Sonntag: (8086)

Konzert- und Ballhaus „Flora“ Morgen Sonntag: **GROSSER BALL** Anfang 5 Uhr. (8093)

Lübectisches Sinfonie- u. Stadttheater-Orchester. Mittwoch, den 18. Oktober, 7 1/2 Uhr **Großes volkstümliches Konzert** (Klänge aus Italien), Freitag, den 20. Oktober, 7 1/2 Uhr **Großes volkstümliches Konzert** (zum Besten des Baufonds fürs Gewerkschaftshaus) im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße. Die für diese Konzerte unumgänglich notwendigen Ausgaben sind bereits gestiegen, daß der Eintrittspreis, soll das Orchester nicht bares Geld auflegen, erhöht werden mußte. **Eintritt einschl. Steuer u. Programm nur 15 Mk.** Vorverkaufsstellen: Buse und Borchert, Breite Straße, Basson, Beckstraße 47, Barnekow Gürtel, Hamm, die bekannten Warenabgabestellen des Konsumvereins und im Gewerkschaftshaus. (8145)

Cuisenluft. Morgen Sonntag. Eintritt und Sonntag. Lang. Lang frei. (8085)

Volks-Hochschule. In der kommenden Woche beginnt der Unterricht in folgenden Lehrgängen: 2. u. 4. Literatur, 6. Psychologie, 7. u. 8. Geschichte, 9. Kulturgeschichte, 10. Weltanschauung, 13. Bilanzkunde, 19. Physik (in der Gewerkschaftshaus), 21. Kunstgeschichte, 22. Musikgeschichte, 23. Geometrie, 24. Sprachlehre. - Folgende Lehrgänge können ebenfalls beginnen, wenn noch weitere Meldungen dafür eingehen: 1. Literatur, 16. Gesundheitslehre, 17. Biologie, 20. Obst- u. Gartenbau. Lehrgang 7. (Di. Weber, Geschichte) findet 805-850 statt (nicht 615 bis 700). (8139)

Plattverein **Gefangens-Dezision.** Sonntag, 15. Oktbr.: **20. Gründungsfest** im Kunzerthaus Lübeck De Kaff ward Klost 5 upmarkt. (8118) De Sängerschaft.

Café „Vaterland“ Täglich Konzert der (8131) Hamburger Künstler-Vereinigung. Direction: Adolf Martens

St. Gertrud-Schweinegilde. Verammlung am Sonntag, 15. Oktbr. nachm. 4 Uhr in **Meners Restaurant** Kücknisstr. 45. Um zahlreiches Erscheinen bitten. 8117 Der Vorstand.

Sindenhof Israelsdorf. Morgen Sonntag: **Vornehme Ballmusik.** Anfang 4 Uhr nachm. Zu den Veranden freier Zutritt. Tel. 1910. (8090) **Victor Klempau.**

Erster Zischerbuden. Jeden Sonntag: **Familien-Kränzchen.** **Molsinger Baum.** Morgen Sonntag, Anfang 4 Uhr: **Born. Tanzkränzchen** unter Leitung der beliebten Lübecker Künstlerin **Hilde Möbius** und Herrn **Reinh. Wolf** vom **Hansa-Theater.** Kapellmeister **Karl Stuh** Moderne Tänze. Pa. Bonenkaffee u. Kuchen. Ang. Familienaufenthalt. Für Nichttanzfreier Eintritt (8147) **Rud. Jäde.**

Stadttheater Lübeck Sonnabend, 7.30: **Volksbühne: Carmen.** Sonntag, 8 Uhr: **Blattdeutsche Gilde: Mauer Löb Sinner.** 7.30: **Gasparone.** Montag, 7.30: **G. Wolfst. Konzert.** (8122) Dienstag, 7 Uhr: **Ab. C. Kribue auf Ragoß** (Bürger als Edelmann). Nachzahlungen der noch ausstehenden Abonnementbeiträge für Theateraufführungen, sowie Nachzahlungen für die Volkskonzerte an der Theaterkasse während der üblichen Kassastunden und am Sonntag abend von 6-8 Uhr.

Arbin der große Schuttpuff. TERPENTINOLWÄRE IN DOSEN MIT SANDEROLF

Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 14. Oktober.

Bauernschlaueheit.

Es muß wieder einmal ein Krieg kommen, daß es besser wird — so sagten vor Jahren manche, denen die Grundprinzipien des Kapitalismus unbekannt waren und denen proletarische Erkenntnis allen Übels fremd blieb. Der Kapitalismus selbst wußte den Krieg, um die wachsende Arbeiterbewegung, die ihm auf der Profitjagd im Wege stand, durch ein Stahlbad zu ersticken. Der Wunsch der Menschenfreunde ist erfüllt worden. Das Ergebnis sehen wir in aller Schrecklichkeit: Die gemeinsamen Volksfeinde, Militaristen, Agriarier, Industrielle, Großhändler haben es zumege gebracht; sie haben das Volk in noch tieferes Elend gebeugt, und nun sehen sie zum Teil selbst ratlos vor dem Berge.

Am besten sind die Agriarier dabei gefahren. Sie haben ihren Frett- und Stiernacken behalften und lassen die städtischen Hungerleider noch aus. Die Junkerfreiheit ist bekannt und färbt bereits auf Junkerlein kleineren Grades ab, wie wir an zwei kleinen Beispielen darun wollen.

Ram da vor einigen Tagen in Bremen ein Bäuerlein mit seinem Fuhrwerk, hochgepakt mit Kartoffeln, angefahren. Die Frauen kamen gelassen und fragen nach dem Preis der Kartoffeln. „800 Mk.“, antwortet unser Bäuerlein ganz lakonisch. Den hinzugeeilten Frauen erscheint der Preis von 800 Mk. für den Zentner Kartoffeln denn doch zu „dollaristisch“ und so äußern sie ihren Mißmut, worauf ihnen das „Schlaue“ Bäuerlein in latter Behaglichkeit antwortet: „Ni hebbt et jo nich anners hebben wullt, worüm wählt ji 'ne sozialistische Regierung!“

Ein anderer biederer Landmann aus der Umgehung von Fürth in Bayern hatte einen noch viel pfiffigeren Gedanken. Er stellte an die Käufer seiner Kartoffeln die strikte Forderung: wenn sich der Preis erhöht, müßte die Erhöhung nachgezahlt werden. Dieses Verlangen schließt die schönsten Ausflüchte auf für die Zukunft. Die Landwirte glauben, sie könnten ein solches Verlangen stellen, weil jetzt den Städtern gezeigt werden kann, was für ein Machtfaktor der Bauer im Wirtschaftsleben ist. Aber was dem Bauern recht ist, kann doch für den Städter nicht auch verlangen, der etwas abzugeben hat. Warum sollte der Meister, der einem Paar Schuhe neue Sohlen aufgenagelt hat, nicht auch verlangen, wenn der Lederpreis höher werde, bis die Schuhsohlen wieder durch sind, daß diese Erhöhung nachzuzahlen ist ihm?

Die beiden an sich recht dummen Vorfälle zeigen so recht die Begriffsverwirrung der Sachverständigen. Sie zeigen aber auch, wie wenig die Lehre Christi gerade bei jenen erfaßt wurde, die die Sozialdemokraten als der Welt größtes Übel betrachten. Der Teufel haßt nicht alles, und besonders die Bauern, in seinen Krallen. Sie wehren sich mannhafte dagegen, laufen alle Sonntag in das Haus, das sie ihrem Gotte weihen, der predigen läßt, keine irdischen Güter zu sammeln. Aber der Böse ist ein hartgefotterter Bürger, wenn er packt, läßt er nicht los. Was kümmert es ihn, daß Hunderte, Tausende, Zehntausende sich keine Kartoffeln kaufen können, weil sie das Geld dafür nicht aufbringen. Er läßt sich gar nicht daran, wenn die Armen und Hungernden zugrunde gehen. Die Hauptsache ist, daß der Profit wächst. Der ist ihr Gott!

Brotpreiserhöhung.

Eine bedeutende Preiserhöhung des markenfremden Brotes ist in Sicht. Infolge der sprunghaften Steigerung des Getreidepreises ist in Hamburg von heute ab der Preis des markenfremden Brotes von 120 Mark auf 185 Mark heraufgesetzt worden. Wie uns von sachverständiger Seite mitgeteilt wird, ist auch in Lübeck in den nächsten Tagen mit einer bedeutenden Preiserhöhung des markenfremden Brotes zu rechnen. — Die Wirkung der agrarischen Wucherpolitik, zu der die bürgerlichen Parteien die Hand boten, macht sich also unmittelbar geltend. Woher soll das Volk nur das Geld nehmen, um der täglich unheilvoller wütenden Preisfahraube Herr zu werden?

Die Differenzen auf dem Hochfeuertier

Sind am Freitag in den Verhandlungen mit dem Demobilisationskommissar beigelegt worden. Die Direktion erklärte sich bereit, ihr Angebot für die erste Oktoberhälfte wesentlich zu erhöhen und zwar als Schlichtlohn. Das Angebot wurde der Belegschaft zur Abstimmung unterbreitet und angenommen, so daß der Streik glücklicherweise vermieden wird.

Milchpreis 42 Mk.

Zur Milchpreiserhöhung wird uns vom Polizeiamt folgendes mitgeteilt: Das Landesverwaltungsamt hat auf Grund der ihm gesetzlich zustehenden Befugnis den Höchstpreis für den Liter Milch auf 42 Mk. festgesetzt. Die Hanja-Meierei, Milch-Mitgesellschaft und der Verein der Milchhändler hat dennoch öffentlich erklärt, 52 Mk. pro Liter zu nehmen. Das Polizeiamt hat daraufhin gegen alle Milchhändler, die einen höheren Preis als 42 Mk. nehmen, Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft gestellt. Bis zur Erledigung der Angelegenheit durch die Staatsanwaltschaft ist deshalb denjenigen Käufern, die auf Milch angewiesen sind und denen 52 Mk. pro Liter abverlangt werden, zu empfehlen, solches genau festzustellen und später ihre Schadenserklärungsprache gegen die Verkäufer geltend zu machen.

Ueber die Gas-, Wasser- und Strompreise in Lübeck wird uns von der Verwaltung der Werke u. a. geschrieben: Eine hiesige Zeitung bewieserte, daß andere Städte im September ähnliche hohe Gaspreise gefordert hätten wie Lübeck. Demgegenüber ist festgestellt, daß die Gaspreise betragen: Lübeck 21 Mk., Altona 25 Mk., Wandsbek 22 Mk., Ruxharden 23 Mk., Schwerin 25 Mk., Lüneburg 21 Mk., Ludwigslust 25 Mk., Rölln 24 Mk., Gildesheim 22,50 Mk., Osnabrück 25 Mk., Bielefeld 25 Mk., Sietz 22 Mk., Stade 21 Mk., Flensburg 21 Mk. Von den größeren Städten des nordlichen Bezirks lag nur Hamburg mit einem Gaspreis von 18 Mk. unter dem Lübeck, wobei bemerkt werden muß, daß Hamburg mit 18 Mk. nicht auskommt und die Ablicht bereits ausgeprochen hat, für den Monat Oktober die Preise wesentlich stärker anzuheben zu lassen. Auch die Preise von Rheinland-Bezirken nähern sich demjenigen des nordlichen Bezirks. Richtig abwegig ist des weiteren die Behauptung des betr. Blattes, daß dadurch, daß für die Monate September, Oktober, November das Mittel der festzulegenden Preise genommen wird,

die Septemberpreise in Lübeck sich gegenüber anderen Städten um ein Beträchtliches erhöhen. Wollte man diesem Wege folgen, so kann man auch nicht von Oktoberpreisen von 29 Mk. sprechen, sondern muß zugestehen, daß die Oktober- und Novemberpreise wesentlich niedriger sind. In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse so, daß der Gasbedarf vom Monat September im Monat Oktober und November noch wesentlich ansteigt. Wird in diesem Falle das Mittel der drei Monate genommen, so bezahlt der Konsument in Wirklichkeit nicht die jeweiligen Monatspreise, sondern noch etwas weniger. Auch für die sich im Verhältnis zu anderen Städten in bestimmten Grenzen haltenden Strom- und Wasserpreise werden Beispiele erbracht. Wir haben diese Tatsache bereits am Donnerstag mitgeteilt. Zusammengefaßt stellt die Verwaltung fest, daß Lübeck sich durchaus im Rahmen derjenigen Preise hält, welche andere größere und führende Werke für notwendig erachten. Auch die im Etat vorgesehenen Ueber-schüsse der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke in Lübeck stellen bei der heutigen Geldentwertung gegenüber dem Frieden nur eine recht bescheidene Summe dar und ohne weiteres kann nach-gewiesen werden, daß weitaus die meisten größeren Städte heute ihre Werte mit ganz anderen Zuschüssen für die Hauptverwaltung verhältnismäßig belasten als das in Lübeck der Fall ist.

Gutscheine für Feuerung und Kartoffeln. Das Wohl-fahrtsamt beabsichtigt, auch in diesem Winter der minder-bemittelten Bevölkerung Feuerung und Kartoffeln zu wesent-lich verbilligten Preisen zuzuführen. Die Mittel für diese Unterstützungen werden teils aus dem von der Bürgerschaft kürzlich bewilligten Zwölftmillionenfonds, teils aus dem Sondermitteln der einzelnen Abteilungen entnommen. Bei der Ausgabe sollen alle Gruppen der in der Fürsorge des Wohl-fahrtsamtes stehenden bedürftigen Bevölkerung und sonst nicht unterstützte Minderbemittelte mit einem Einkommen bis zu 20 000 Mark jährlich berücksichtigt werden. Ueber die Ausgabe an Klein-rentner, kinderreiche Familien und bisher nicht unterstützte Min-derbemittelte ist alles Nähere im Anzeigenteil enthalten. Es empfiehlt sich, die Bekanntmachung genau durchzulesen, da infolge Ueberlastung des Wohlfahrtsamtes mit anderen Aufgaben nur zu den angegebenen Zeiten und Tagen Gutscheine ausgegeben werden können. Im Sozialrentner und zum größten Teil auch an Krüppelverliebene ist die Gutscheinausgabe bereits durch-geführt. Soweit sie Gutscheine noch nicht erhalten haben, werden sie bei der nächsten Feuerungszuschusszahlung Ende Oktober bzw. Anfang November Gutscheine bekommen. Feuerungszuschussberechtigte Kriegsbeschädigte und Unterstützungs bezieher Veteranen erhalten ebenfalls an den üblichen Zahlungstagen Gut-scheine. Eine besondere Anrechnung im Wohlfahrtsamt ist nicht erforderlich. Für besonders bedürftige Flüchtlinge und Blinde ist durch ihre Fürsorgestellen, für besonders Bedürftige bei der produktiven Arbeitsfürsorge Beschäftigte auf ihren Arbeitsstellen näheres über die Abgabe von Gutscheinen zu erfahren.

Die Notlage im Friseurgewerbe verschlimmert sich täglich. Viele gehen um Selbststrafen über und die Kunden werden stets weniger. Manche Friseurgehilfen und selbständige Friseure werden berufsunfähig. Der Gehilfenlohn beträgt ab 1. Oktober 1900—1925 Mark ohne Kost. Damit ist nicht weit zu kommen. Ein weiterer Nebelstand ist die Schmutzkonzurrenz. Frühere Friseure oder Personen, die sich das Handwerk angenommen haben, nehmen uns Kundhaft weg und rufen für billiges Geld, zum Teil während ihrer Arbeitszeit. In diesem Monat lernten 16 Lehrlinge aus, von denen nur ein kleiner Teil Stellung bekam, einige mußten gleich einen Berufswechsel vornehmen. Der größte Teil ist ohne Stellung. Wir erwarten von allen gewerkschaftlich und politisch organisierten Angestellten und Arbeitern, daß sie die Schmutzkonzurrenz meiden. Vor allem wird viel auf den Wertes angesetzt. Arbeiter besucht die Geschäfte, die mit organi-siertem Personal arbeiten, tut ihre Pflicht und besucht die Friseurkubik im Gemeindefausthaus. — Im Damenfriseur-gewerbe sind die Verhältnisse noch schlechter. Die starke Aus-schubung von Friseurinnen zwingt nach der Lehrzeit viele dazu, sich selbständig zu machen. Hier wird größtenteils mehr verdient, als wenn sie Angestellte sind. Der Lohn der Friseurinnen beträgt im laufenden Monat 1800—2500 Mark. Der Geschäftsgang im Damenfriseurgewerbe ist schlecht. Es wird auch hier Schmutzkonzurrenz getrieben, doch ist diese vielfach zu verstehen und in der Not begründet. Es ist Pflicht der Arbeitgeber, ihre Angestellten besser zu entlohnen, und dann hinweg mit der Schmutzkonzurrenz und der Lehrlingszuchterei. Die Eltern von Gehilfen und Friseurinnen müssen darauf dringen, daß ihre Kinder sich dem Ver-band anschließen.

Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargewerbes.
i. A.: Herm. Koop.

Eine neue Versammlung der Angestellten in der Lübecker Metallindustrie lehnte einen Streikbeschuß ab. Es wurde be-zichtigt, daß bei abermaligen Verhandlungen mit den Unterneh-mern diese nicht zu bewegen gewesen seien, den Schiedspruch an-zuerkennen. Jedoch hätten sie sich bereit erklärt, auf die August-Gehälter einen Zuschlag von 75 Proz. zuzugestehen. In der Aus-sprache kam es zu stürmischen Szenen, sodas es den Versammlungs-leitern nur schwer gelang, die Angestellten zu beruhigen und einen Streikbeschuß zu verhindern. Nach weiteren Ausführungen erklärten sich die Angestellten schließlich mit einer knappen Mehr-heit bereit, die gebotenen 75 Prozent anzunehmen. Gleichzeitig wurde aber unbedingt gefordert, daß die Oktober-Gehälter spä-estens bis zum 31. d. M. in einer endlich die notwendigen Lebens-interessen berücksichtigenden Höhe festgelegt werden. Anderen-falls sei man gewillt, auch vor dem Streik nicht zurückzusprechen.

Der Wunsch der Hausbesitzer. In der letzten Versammlung des Neuen Haus- und Grundeigentümervereins beriet man wieder einmal darüber, wie man am zweckmäßigsten zu einer Mietpreis-Steigerung gelangen könnte. Vor längerer Zeit schon inderten die Hausbesitzer eine fünfjährige Friedensmiete. Das praktikable Mittel zur Erreichung des „Ausgleichs“ erscheint dem Verein die freie Wohnungswirtschaft. Er nahm folgende Ent-scheidung an: „Die in den Zentralhallen tagende stark besuchte Monatsversammlung hat von der geplanten weiteren Erhöhung der Wohnungsbauabgabe Kenntnis genommen. Durch diese Maßnahmen allein ist aber eine wirksame Beilegung des Wohn-ungselends unmöglich. Der entrechtete Haus- und Grundbesitz-lehnt es ab, auf die Dauer durch direkte Steuern allein die ge-waltigen und notwendigen Mittel zur Förderung der Neubau-tätigkeit aufzubringen. Nur durch allmählichen Abbau der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen kann eine Besse- rung erzielt werden, und verlangt dementsprechend die Ver-sammlung baldigst geeignete Maßnahmen von Senat und Bürger-schaft.“

Von der Schiffsahrt. Im schweren Wetter auf der Ostsee. Der Hamburger Dreimastdampfer „Edna“ von Lübeck mit einer Ladung Salz nach Wiborg, ist auf der Höhe von Altona von heftigem Sturm überrascht worden. Das Schiff hat Rotor- und Segelstüben erlitten, so daß es betriebsunfähig wurde. Der Bergungsdampfer „Rügen“ traf das Schiff an und schleppte es in Sahn ein. — Schiffsverluste im August. Nach den Listen der Liverpool Underwriters Association sind im August 1922 14 Dampfer mit 25 149 Brutto Registertons und 6 Segel-schiffe mit 5018 Tons, insgesamt 20 Schiffe mit 30 167 Tons ver-lorengegangen, gegen 19 Schiffe mit 52 104 Tons im August 1921 und gegen 16 Schiffe mit 23 943 Tons im August 1920.

Volkshochschule. Nachdem in den letzten Tagen die An-meldungen lebhafter eingegangen waren, konnte der Verwaltungsausschuß 13 Lehrgänge einrichten und zwar je 2 in Literatur und Geschichte und je einen in Psychologie, Kulturgeschichte, Welt-anschauung, Bilanzkunde, Physik, Kunstgeschichte, Musikgeschichte, Heimatkunde und Sprachlehre. Vier weitere Lehrgänge in Literatur, Gesundheitslehre (für Frauen), Biologie und Obst- und Gartenbau können ebenfalls stattfinden, falls dafür noch weitere Anmeldungen eingehen. Man sollte doch annehmen dürfen, daß für Gegenstände, die einen so großen Kreis interessieren, wie das Werk Goethes, die Probleme des Lebens, der eigene Körper und der Kleingarten, sich noch genügend Hörer finden. Am Sonnabend abend wird eine Eröffnungsfest in der Aula des Lehrerseminars stattfinden und in der kommenden Woche der Unterricht lehrplanmäßig beginnen.

Der Arbeitsmarkt im September. Die Gesamtzahl des Ar-beitsmarktes im September hat sich gegen den August nicht un-wesentlich vermindert. Es ging zwar die Zahl der Ar-beitssuchenden weiterhin zurück, aber leider verringerte sich die Zahl der offenen Stellen gegen die des Vormonats um fast 500. In der Landwirtschaft war die Nachfrage nach jungen Anechten und nach Leuten, die bei der Kartoffelernte auszuhe-len sollten, lebhaft. In dem Metallgewerbe war der Bedarf nicht mehr so groß wie im August, aber auch nicht so gering, daß etwa von einer schlechten Beschäftigung im Metallgewerbe ge-sprochen werden könnte. Im Holz- und Baugewerbe war die Beschäftigung gleich gut wie im August, dagegen war für die jugendlichen und ungelerten Arbeiter die Lage bedeutend schlei-cher. Die Zahl der Arbeitssuchenden dieser Gruppe war ungefähr die gleiche wie im August, die Zahl der offenen Stellen für sie hatte sich jedoch um fast 45 Prozent verringert. Auch auf dem weibli-chen Arbeitsmarkt hatte sich die Lage im Sep-tember gegen August sowohl durch Zunahme der Zahl der Ar-beitssuchenden und gleichzeitig durch Verringerung der offenen Stellen ver-schlechtert.

pb. Wegen Raubes wurde ein in der Werderstraße wohnhafter Schlachtergehilfe, ein im Fegefeuer wohnhafter Schmelzma-gergehilfe und ein in der Werderstraße wohnhafter Schmiedegelle-festgenommen. Die drei brangen in der Nacht zum 13. d. Mts. in das Haus eines Landmanns in Schlagsdorf, um ihn zur Herausgabe seines Geldes zu zwingen. Als der Landmann von dem Geräusch erwachte, und auf den Hausflur trat, wurde ihm von einem der Eindringlinge die Lampe aus der Hand geschlagen, und er unter Vorhaltung eines Revolvers gezwungen, den Schlüssel zu seinem Kleiderschrank herauszugeben, in dem sich sein bares Geld befand. Den Räubern fielen auf diese Weise etwa 18 000 Mk. in die Hände. Der größere Teil des Raubes wurde ihnen wieder abgenommen.

pb. Diebstähle. Festgenommen wurde ein Bootmann aus Berlin, der aus einem hiesigen industriellen Unternehmen 50 Kilogramm Eisenstahl gestohlen hatte. — Einem in Odenhof wohnhaften Gutspächter wurden Treibriemen im Werte von fast 1/2 Million mittels Einbruchs gestohlen. Als Täter wurden zwei bereits mehrfach vorbestrafte Arbeiter aus Gollstedt beim. aus Büren ermittelt und festgenommen. Ihren Raub hatten sie in einer hiesigen Gerberge versteckt, wo er gefunden und dem Eigen-tümer wieder zurückgegeben werden konnte. — Festgenommen wurde ein in der Krähenstraße wohnhafter Hafenarbeiter wegen Güterverabredung. Er war auf einem im Hafen liegenden Dampfer mit Lagerarbeiten beschäftigt, hat während der Arbeits-zeit 8 Damenbekleider und 4 Meter Wolstoff von Bord des Schiffes wegzuschaffen verstanden. Eine Durchsuchung seiner Wohnung förderte noch eine ganze Reihe Sachen, die von früher begangenen Schiffsdiebstählen herrühren. — Mittels Ein-bruchs wurde in der Marktstraße durch Andrehen eines Schlosses ein Bakterien-Mikroskop mit 8 Linfen und 3 Okularen und ein fast neues Fahrrad gestohlen. — Von einem Grundbesitzer in der Fraetelstraße Allee sind 16 lfd. m Zinkblechdachrinnen und Zink-blechplatten und einer an der Untertraße wohnhaften Herrin sind zwei Messingfeuerlöscher n. eine ebensolche Feuerstange und 3 bis 4 Ventiltiegel gestohlen worden.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung Betriebsräte! Der Unterricht in der Betriebsräte-schule beginnt am 16. d. M. Diejenigen, die sich für den Unter-richt in der Betriebsräte-schule haben eintragen lassen, müssen also am Montag präzis 6.15 Uhr im Gebäude der Volkshochschule sein. Alle, die für das Betriebsrätegesetz angemeldet sind, am Dienstag usw. Einige Meldungen sind ohne Angabe des Beschlüßes erfolgt. Diese B.-R. haben sich ebenfalls am dem Tage, an dem der Unterricht, den sie wünschen, erteilt wird, einzufinden. Es ist unbedingt notwendig, daß alle Gemeinderäte erscheinen. Alle weiteren Auskünfte werden in der ersten Stunde gegeben. Die Betriebsrätezentrale.

Stadttheater. Am Sonntag wird zum erstenmal in dieser Spielzeit die Operette „Gasparone“ von Millöcker gegeben. — Wochenplan des Stadttheaters: Sonntag, 3 Uhr: Volt. f. d. Platt. Silbe: Amer Lid Rinner. 7.30 Uhr: Gasparone. — Montag: 6. Volkstimulische Konzert. Puffhiser Abend. — Dienstag: Ariadne auf Naxos. 11. Borstell. i. Drenslag. Bäst. C. — Mittwoch: Gajspiel Alex Otto v. Hamb. Spau-spielhaus. Fuhrmann Henkel. 11. Borst. i. Mittwochab. Auf-stabe C. — Donnerstag: Hans Heiling. 11. Borst. i. Donner-slagsab. Bäst. C. — Freitag: Die Fahrt ins Blaue. 11. Borst. i. Freitagab. Bäst. C. — Sonnabend: Der Musikant. Heranz. Die Puppensee. 5. Borst. i. Sonnabend. — Sonntag, 10.30 Uhr: Tanzgastspiel der Labahn-Schule. „Die Geblenden“. 2.15 Uhr. 2. Fremdenort. Der Zigeunerbaron. 7.30 Uhr: Fiedla.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Gewaltige Steigerung der Gas- und Wasserpreise hat der Magistrat vorgenommen. Der Ep-jang September auf 14 Mark festgesetzte Preis für ein Kubikmeter Gas ist jetzt auf 36 Mark mit rückwirkender Kraft ab 1. Oktober erhöht worden. Für Wasser, für das zuletzt 8,50 Mark für ein Kubikmeter erhoben wurde, ist eine Erhöhung auf 20 Mark ebenfalls ab 1. Oktober erfolgt. — Während der Gaspreis im Monat September 7 Mk. niedriger als in Lübeck war, ist er jetzt für den Monat Oktober 7 Mk. höher.

Hamburg. Die Milchpreise bleiben bis zum 20. Okto-ber unverändert und stellen sich trotz der um 80 Mark auf 46 Mk. gestiegenen Butternotierung für Vollmilch auf 45 Mk. Wie ver-lautet, soll von den Behörden nach voranzugangenen Verhand-lungen eine Milchnotierungscommission eingesetzt werden.



Leutenberzeichnis der Arbeiterfahrer (Ortsg. Lübeck). 15. Oktober Schönberg-Karlow-Schlagsdorf. Abfahrt 8 Uhr...

Sprechsaal.

Den notleidenden Alten könnte das Leben erträglicher gemacht werden, wenn ihnen der Staat Gartenland zur Verfügung stelle...

Das Wetter der Woche.

15. Oktober: Ziemlich kalt, teils neblig-trübe, teils sonnig. leichte bis schwache N.- bis O.-Winde; trocken. Im Binnenlande...

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Kreistag Lübeck und Kreisrat Hermann Bauer...

Feinste Fleischbrühsuppen.

schmackhafte Gemüse, vorzügliche Soffen bereitet man rasch und billig mit Maggi's Fleischbrühs-Würfeln.

Hamburg. Die Hamburger Parteigenossen veranstalteten am Donnerstag 16 große Versammlungen, die sich mit der Not des Volkes und den daraus zu ziehenden Schlüssen befaßten...

Hamburg. Der Schlussstein für die Einigung der beiden sozialistischen Parteien Hamburgs wurde gelegt in der Delegiertenversammlung der Landesorganisation...

Aus aller Welt.

Meisterdiebe in Berlin. Mit einer Frechheit, die selbst in Berlin nicht ganz gewöhnlich ist, ging eine Diebesbande am Kurfürstendam vor...

Stühle, Kuchenteller, Schreibröhre usw., auch die Schriftstücke, sogar die Briefbogen und Nummern der Firma haben sie und nahmen sie mit...

Diebstähle auf dem flachen Lande. Eine aus 500 bis 600 Personen bestehende Gesellschaft suchte in der Nacht die Felder der Naumburger Rittergutsflur (Sachsen) auf...

Bearbeitung im Weichsarg. Da die hohen Saugpreise zurzeit unerschwinglich sind, soll in Augsburg der Weichsarg eingeführt werden...

Eine Todesfahrt im Automobil. Auf einer Geschäftsfahrt von Bielefeld nach Hamburg geriet kurz hinter Celle ein Personenautomobil in eine mit Wasser gefüllte Straßenerdichtung...

Eine Pflaumenschichtung nach Holland beschäftigte die Kriminalpolizei in Köln. Sechzehn Waggons Pflaumen waren ursprünglich für das Industriegebiet bestimmt...

Schiffbrand auf hoher See. Aus San Francisco wird telegraphisch: Der ein- Schiffahrtsgesellschaft in Los Angeles gehörende, normale deutsche Dampfer „Honolulu“ ist auf der Höhe von Los Angeles in Brand geraten...

Millionen-Steuerschuldenerziehung eines Spirituosen. Die Berliner Polizei hat in der Spirituosenbrennerei Krauffreier eine sich auf Hunderte von Millionen belauende Steuerschuldenerziehung aufgedeckt...

Der erste Schnee. Aus Schmalkalden wird gemeldet, daß Dienstag morgen der erste Schnee gefallen ist; gleiche Meldungen kommen aus Kufsta. Der Schnee auf dem St. Gotthard liegt in einer Höhe von 40 Zentimeter.

Amtlicher Teil.

Sechster Nachtrag

zum Tarif für die Schlepplöhne vom 29. Oktober 1921, welche bei Benutzung der vom Staate Lübeck betriebenen oder zugelassenen Schlepplöhne auf dem Elbe-Trade-Kanal zu entrichten sind.

Der Senat hat beschlossen und verordnet hierdurch: Einziger Paragraph: Zu den Sätzen des Tarifs für die Schlepplöhne vom 29. Oktober 1921 und vom 19. April 1922...

Table with 3 columns: Ab Lager, Frei Haus, per 1 Zentner. Lists prices for various types of coal and wood.

Höchstpreise für Brennstoffe. Ab 14. Oktober 1922: Ab Lager Frei Haus per 1 Zentner.

Table with 3 columns: Ab Lager, Frei Haus, per 1 Zentner. Lists prices for various types of coal and wood.

Ausgabe von Gutscheinen für Feuerung u. Kartoffeln

1. Vom 16.-27. Oktober 1922 findet im Wohlfahrtsamt eine Ausgabe von Gutscheinen statt. a) Kleinrentner mit einem Einkommen bis zu 2000 Mk. jährlich...

3. Die Ausgabe erfolgt an Antragsteller, deren Namen bekannt mit den Buchstaben: A, C, D, E am Montag, dem 16. Oktober, B am Dienstag, dem 17. Oktober...

4. Abgegeben wird: A) Feuerung an Personen mit selbständigem Haushalt, in der Regel nicht mehr als 5 Zentner für den Haushalt bei einem Einkommen bis zu 5000 Mk. jährlich...

5. Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene Sozialrentner und sonst vom Wohlfahrtsamt unterstützte Personen erhalten an den üblichen Unterhaltungsabteilungen Zutritt über die Ausgabe von Gutscheinen.

Bekanntmachung

In dem nach dem Gebührentarif für den Zehner zu erhebenden Gebühren, Arbeitslohn und Lagermieten wird von jetzt ab ein weiterer Zuschlag von 500 % erhoben. Die jährliche Beträge betragen demnach jetzt 8000 Mk.

Handelsregister.

Am 12. Oktober 1922 ist eingetragen 1. bei der Firma Löwenthal, Nord & Co., Lübeck: Gesamtprokura ist erteilt an Rudolf Kretow und Oswald Höflein...

Arzneitaxe.

Auf Grund des § 80 der G.O. und § 2 der R.O. wird folgendes bekannt gemacht: 1. Die in Nr. 2 der allgemeinen Bestimmungen der Arzneitaxe festgesetzte Staffelung der Zuschläge auf den Einkaufspreis wird durch die folgende ersetzt...

Nichtamtlicher Teil.

Junger Mann sucht sof. verheiratet. Zimmer nahe der Schwart. Allee. Ang. an Rudolf Kauer, Holtenauerstr. 68, Lübeck.

Gertrud Schmidt Eduard Oehlmann Verlobte. (8182)

Deutscher Hozarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Lübeck. Nachruf! Am 11. Oktober starb unter Mitwirkung der Fischer Georg Pantelmann.

Für beweiene Teilnahme anlässlich der Beerdigung unserer lieben Entschlafenen sagen wir unsern besten Dank. Familie Oldörp.

Näherin empf. sich. a. l. f. Geschäft. zu nähen. Ang. u. A 480 an die Exped. (8075)

Mahagoni-Sofa zu verk., nur 4000 Mk. (8143) Gr. Gröpelgr. 18. Kleid, Wintertr. a. off. (8116) Vieterstr. 27 a.

6. 2r. Handw. u. v. Tragt. 6. 3. Stittenstr. 17. L. (8120) Jüngerl. Ballett zu verk. Lindenstraße 17. a. (8146)

Rassehund verkauft. Wennerstr. 11. Heilmittel. Lindenstr. 47. 10. Art. bei. Chron. n. Homöopath. phylol. System. (8103)

Mehr als jede andere Ankaufstelle zahlte für Gold, Silber, Platin-Sachen und Bruch, Uhren, Gebirge, Münzen.

Westfening. Goldschmelze. Eigene Schmelze. daher 8111 beste Verwertung. Die Kunst der Gelbfeldverteidigung bei tödlichen Angriffen nach dem japanischen Dschiu-Dschitsu. Mit 40 Abbildungen. Mt. 12. Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.